

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEV

Jetzt reicht's! Demo für Lohngleichheit
Sa, 22. 9., 13.30 Uhr, Bern

WORK



Alessandro Cappelli



Angela Penkov



Ivan Kolak



Michèle Witschi



Jakob Auer

Wer wird neuer Rechsteiner?

Zwei Frauen und ein Mann möchten an die SGB-Spitze. Drei Portraits. Seiten 2-3



Diana Fedzioryna



Tobit Brüllmann



Manuela Peduzzi



Beat Schenk



Annouk Besson

Der Deal steht, doch hält er?

Steuergeschenke für Unternehmen, mehr Geld für die AHV. So geht's weiter. Seite 6

ENOUGH 2018 Die Transparenz-Offensive

Wir zeigen unseren Lohn

Seiten 10-11



Willi Ritschard national

Am 28. September würde der einzige Büezer-Bundesrat 100 Jahre alt. Seite 7



Nicolas Eichenberger



Renate Takacs



Sven Sobernheim



Michèle Dünki



Pascal Bassu

Mutti: Firmen ex und hopp

Seit Jahren schickt Fernando Mutti quer durchs Land Firmen schneller in den Ruin, als Behörden und Gerichte arbeiten können. Die Geschichte eines Haarabschneiders.

Seite 5



Maude Rufi



Benoît Constantin



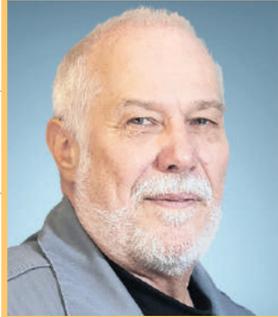
Zoran Andreev



Stefan Bruderer



Jacqueline Hasler



Urs Walther



Manuela Bühler



Lukas Larcher



Judith Baisotti



Peter Leuenberger



workedito
Marie-Josée Kuhn

FRAUENSTREIK

Streik liegt in der Luft. Frauenstreik. Schon haben Frauen in Lausanne, Genf, im Wallis, in Basel, Bern und Zürich beschlossen, dass es am 14. Juni 2019 zum zweiten grossen Frauenstreik der Schweiz kommen wird. 28 Jahre nach dem ersten, dem bisher grössten Streik in der Geschichte der Schweiz. Gründe gibt es immer noch genug. Zum Beispiel die endlose Geschichte bis zur Legalisierung der Abtreibung in der Schweiz (Seite 9).

SWITZERLAND LAST. 62 Jahre bis zum Frauenstimmrecht, 88 Jahre bis zur Gleichstellung im Eherecht, 86 Jahre bis zur Mutterschaftsversicherung: Und wie lange noch bis zur Lohngleichheit? Switzerland last, immer die letzte. Immer noch verdient jede erwerbstätige Frau in der Schweiz im Schnitt 7000 Franken pro Jahr weniger. Aber auch die Haus- und Erziehungsarbeit, die Frauen gratis leisten, sind ein Streikgrund: Ohne sie hätte der Kapitalismus auch ohne Finanzkrisen schon längst abgedankt (Seite 4). Oder die Gewalt gegen Frauen, physische, psychische und strukturelle Gewalt. Lohn-diskriminierung ist so eine strukturelle Gewalt: ökonomische Ungleichheit erhöht das Risiko für häusliche Gewalt. Ist eine Frau vom Mann ökonomisch abhängig, wird sie ihn so schnell nicht verlassen, auch wenn er sie schlägt.

WORK-FRAUEN-BUCH. 25 Frauen und Männer verraten in diesem work ihren Lohn (Seiten 10–11). Das ist couragiert, aber auch dringend nötig, denn ohne Lohntransparenz gibt es keine Lohn-gleichheit. Nur wenn Frauen wissen, wie viel ihre Arbeitskollegen verdienen, wissen sie auch, ob ihre Firma sie diskriminiert. Lohntransparenz ist also der erste Schritt zur Lohngleichheit. Und der zweite folgt sogleich: Am Samstag, 22. September, in Bern, an der nationalen Demonstration «Lohn-gleichheit jetzt!». Einer der Höhepunkte dort: das work-Frauen-Bilder-Lesebuch, das druckfrisch zur Demo erscheint. Ein Buch so bunt wie die Frauenbewegung. Lassen Sie sich überraschen!



Gysi, Carobbio

SGB-Präsidium: Wer wird die Nachfolgerin oder



Barbara Gysi: Kandidatin des Bundespersonalverbands

«Es braucht eine Frau an der SGB-Spitze»

Es war 2011, als Barbara Gysi (54) in den Nationalrat einzog. Paul Rechsteiner hatte gerade die Ständeratswahl im Kanton St. Gallen gewonnen. Die SP-Politikerin stand zuoberst auf dem Ticket. Ihre Karriere hat Gysi in langen Jahren aufgebaut: als Sozialpädagogin, auf dem Parteisekretariat der St. Galler SP, im Kantonsrat, als Fraktionschefin und

als Sozialvorsteherin an ihrem Wohnort, dem katholisch geprägten Wil SG.

«Frauen holen wir mit anderen Parolen ab als Industriearbeiter.»

Sie ass das harte Brot für Linke in der Ostschweiz. Seit dem Einzug in den Nationalrat ist sie Berufspolitikerin. Gut vernetzt, sowohl in Bern als auch in der Ostschweiz, diverse Mandate im Sozialbereich zeugen davon. In St. Gallen leitet sie den Gewerkschaftsbund und in Bern den Personalverband des Bundes (BPV). Dieser hat sie nun offiziell ins Rennen ums

SGB-Präsidium geschickt. Geht die Rechnung auf, würde Gysi erneut in Rechsteiners Fussstapfen treten. Und wie dieser müsste sie als oberste Gewerkschafterin im Land kämpferischere und weniger kämpferische Gewerkschaften vertreten, eine nicht ganz einfache Aufgabe. Wie würde sie das tun? Gysi sagt: «Die kämpferischen möchte ich nicht bremsen, die weniger kämpferischen aber dennoch integrieren.» Eine austarierte Antwort.

SPEZIELLE STRATEGIEN

Gewerkschaftlich ist Gysi beim VPOD und bei der Unia organisiert. Ihre Kandidatur begründet sie explizit mit den Fraueninteressen: «Es braucht endlich eine Frau an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung.» Sie will dafür sorgen, dass die Frauenanliegen einen höheren Stellenwert erhalten. Der Anteil der Frauen in den Gewerkschaften müsse steigen, hier bestehe noch Potential. Aber dafür brauche es spezielle Strategien. Gysi: «Frauen holt man

mit anderen Parolen ab als Industriearbeiter.» Und eine weibliche SGB-Spitze könne dies glaubwürdiger vertreten. Gysi will sich dafür einsetzen, dass das Frauenrentenalter bei 64 bleibt und die Diskriminierung der Frauen in der 2. Säule aufgehoben wird.

FRAUENSTREIK NÖTIG

Für entscheidend hält sie die Pflicht zu Gesamt-arbeitsverträgen. Noch viel zu wenige profitieren von einem GAV. Es sei vordringlich, diese Pflicht auszuweiten, insbesondere im Gesundheits- und im Sozialbereich. Sie selber hat in Wil einen GAV für Heimstätten ausgehandelt. Und soll es nächstes Jahr einen Frauenstreik geben? «Ja», sagt Gysi mit Blick auf die Lohn-gleichheit, «der ist nötig.» Es müsse aber auch die Arbeitszeit verkürzt werden. Gysi: «Hier braucht es endlich wieder einen Schritt vorwärts. Das würde gerade den Frauen zugute kommen.»

RALPH HUG

Marina Carobbio: Noch nicht nominierte Kandidatin

«Mehr Lohnschutz und mehr Solidarität»



FOTOS: KEYSTONE (3)

Es ist nicht leicht, sie ans Telefon zu bekommen. Marina Carobbio Guscetti (52) hat im Moment viel zu tun. In Bern ist Session, sie ist Vizepräsidentin des Nationalrats. Ab Dezember wird sie ein Jahr lang «höchste Schweizerin» sein, die erste Tessiner SP-Frau in diesem Amt. Dann muss sie Geschäfte vorbereiten, Sitzungen leiten, repräsentieren. Also viel Arbeit. Ausgerechnet dieses Ehrenamt erweist sich jetzt als Hürde. Denn Marina Carobbio hat auch am SGB-Präsidium Interesse. Kann sie beide Ämter zugleich ausüben? Das gilt es abzuklären. Sie lässt den Ausgang offen. Sowohl ein Co-Präsidium als auch ein Rückzug aus dem Rennen wären mögliche Optionen, sagt sie zu work.

DIE BRÜCKENBAUERIN

Im Hause Carobbio in Lumino TI hatte Politik schon immer Vorrang. Bereits Vater Werner Carobbio, ein linker Querdenker, politisierte für die SP im Nationalrat. Tochter Marina ver-

diente ihre Spuren im Tessiner Kantonsparlament ab. 2007 gelang ihr der Sprung ins Bundesparlament. Bei der Nachfolge von Micheline Calmy-Rey im Jahr 2011 stand sie neben Pierre-Yves Maillard zur Wahl, doch Alain Berset ob-siegte. Liegt es an der selektiven Optik, dass man sie trotz allem in der Deutschschweiz weniger gut kennt? Immerhin besetzt Carobbio namhafte Vizepräsidien, etwa bei der Sozialdemokratischen Partei, beim Mie-

«Der Frauenstreik steht bei mir ganz oben auf der Liste.»

terinnen- und Mieterverband oder bei der Alpeninitiative. Den Mieterverband leitete sie mehrere Jahre auch selbst. Perfekt dreisprachig, sorgte sie als Brückenbauerin für den Ausgleich zwischen den verschiedenen Lagern.

Für das SGB-Präsidium empfiehlt sich Marina Carobbio als Wahrerin der Fraueninteressen. Der Kampf gegen Lohnungleichheit und

Prekarität steht bei ihr ganz oben. «Gerade im Tessin ist der Lohndruck gross, ich kenne das sehr gut.» Wichtig ist für sie eine Verstärkung des Lohnschutzes, ebenso eine Neuauflage des Frauenstreiks. Sie macht auch schon in einer Vorbereitungsgruppe im Tessin mit. Sodann liegt ihr ein guter Service public am Herzen, besonders eine funktionierende Gesundheitsversorgung.

DIE ÄRZTIN

Carobbio ist Ärztin und Mutter von Laura (14) und Matteo (22). Zeit für die Mitarbeit in der Gruppenpraxis in Roveredo GR hat sie aber kaum noch. Politik geht vor, aber nicht nur in den Institutionen, sondern auch mit Engagierten an der Basis. Zum Beispiel in Solidaritätskomitees für Zentralamerika oder für das ge-beutelte Griechenland. Im Juni kam sie von einer Studienreise aus Athen zurück. Sie sah viel Armut, aber auch sehr viel Solidarität.

RALPH HUG

und Maillard

der Nachfolger von Paul Rechsteiner?

Pierre-Yves Maillard: Kandidat der Unia

«Wir müssen wieder lernen zu gewinnen»



Er kam, sah – und wurde nominiert. Jetzt stürmt der Waadtländer SP-Gesundheitsdirektor Maillard ins Rennen ums SGB-Präsidium.

MARIE-JOSÉE KUHN

Wacher Blick, gebündelte Energie, zum verbalen Sprung bereit: PYM, Pierre-Yves Maillard, ein echter 68er, damals im März kam er in Lausanne zur Welt. Als Sohn eines Garagisten. Mit 18 gewann er einen Wettbewerb für angehende Fussballreporter: Fussball, das war sein Ding. Und Stürmer ist er geblieben, allerdings in der Politik. Mit 22 stürmte er ins Lausanner Gemeindeparlament, mit 29 ins Waadtländer Kantonsparlament, mit 31 in den Nationalrat, mit 36 in den Waadtländer Regierungsrat. Von 2000 bis 2004 war Maillard Regioleiter bei der Gewerkschaft Smuv. 2011 kandidierte er für den Bundesrat – gegen Marina Carobbio und Alain Berset. Und jetzt, mit 50, will PYM oberster Gewerkschafter werden.

DAS FALSCHER TRAM

Alle Augen im Unia-Saal sind auf einen Mann gerichtet. Nicht alle mit Wohlwollen. Die Unia-Frauenkonferenz hätte lieber eine Frau. Und einem Westschweizer Delegierten im Zentralvorstand ist Maillard zu biegsam gegen rechts. Seinen Steuerdeal mit FDP-Finanzminister Pascal Broulis hat er ihm nie verziehen. 2015 akzeptierte Maillard die Senkung der Unternehmenssteuern, weil sich die Unternehmen im Gegenzug verpflichteten, ihren Anteil an die Finanzierung verschiedener Sozialrichtungen wie Kinderkrippen zu erhöhen. Und der Staat verpflichtete sich seinerseits, unter anderem die Krankenkassenprämien auf 10 Prozent der Einkommen zu begrenzen. Die Linken von Solidarität, die PdA und Teile der Gewerkschaften lancierten das Referendum gegen das «giftige Päckli» – und verloren.

Maillard schreitet, Maillard grüsst, Maillard setzt sich und legt los: «Jetzt bin ich heute morgen doch tatsächlich ins falsche Tram gestiegen, dabei war ich früher so viel in diesem Haus. Höchste Zeit, wieder mehr hierherzukommen.» Für ihn ist die

Unia deshalb «der natürliche Ort», um um Unterstützung für seine Kandidatur als SGB-Präsident zu bitten. Und ja, er sei keine Frau, aber bis zur Wahl sei das auch nicht mehr zu ändern, sticht Maillard mitten ins Explosive. Als er von der Findungskommission kontaktiert worden sei, habe er sich zuerst erkundigt, ob Männerkandidaturen überhaupt erwünscht seien. Und weil sie es seien, «bin ich jetzt da: Bonjour, chères et chers collègues!».

DAS GLEICHSTELLUNGSGESETZ

Im Falle seiner Wahl sei er auch gerne bereit, eng mit SGB-Vizepräsidentin Vania Alleva zusammenzuarbeiten. Die Umsetzung der Lohngleichheit sei auch sein Ziel: «Es braucht Lohnkontrollen gegen die Lohndiskriminierung. Und die müssen ins Gleichstellungsgesetz.» Und: Es gebe keinen Grund, weshalb die Pflege ein Sektor mit vor allem lausig bezahlten Frauen bleiben müsse: «Wir Gewerkschaften müssen da mehr investieren.»

Rasant und präzise zündet Maillard seine Sätze. Jedenfalls auf französisch. Auf deutsch tönt es weniger elegant, obwohl er mit einer Deutschschweizerin verheiratet ist. Doch auf französisch schafft er rhetorisch fast alles: Sympathie ausschicken, Charme verbreiten und Nähe erzeugen. Etwa beim Thema Migrationspolitik: Er wendet sich gegen jegliche Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten. Wie könnte er auch nicht, sagt er, er lebe schliesslich in Renens, Tür an Tür mit Migrantenfamilien. Maillard: «Vor den Sommerferien kam mein Sohn nach Hause und sagte: «Papa, lass uns nach Kosovo in die Ferien gehen, bitte, bitte!» Wieso denn das? wollte Maillard wissen. Und der Bub: «Alle in der Klasse gehen nach Kosovo.»

DAS SECHSSEITIGE PROGRAMM

Maillard kann erzählen, und er kann mobilisieren: Als Regioleiter des Smuv brachte er frischen Wind in die behäbige Waadtländer Gemütlichkeit. Er unterstützte die Belegschaften bei SAPAL, Castolin, Coca-Cola, Veillon oder Portescap in ihrem Widerstand gegen Verlagerung oder Schliessung und ging mit den Leuten bis zum Streik.

Deshalb ist Maillard auch verhandlungs- und kampferprobt. Und er hat ein politisches Programm. Voilà! Das Bewerbungsschreiben, das er dem Unia-Zentralvorstand vorlegt, hat sechs dicht-

beschriebene A4-Seiten. Brisant ist seine Position zu Europa. Das EU-Projekt sei für die Gewerkschaften schwierig, sagt er, weil es ein neoliberales Projekt sei. Maillard steht deshalb hinter dem Rotelinie-Entscheid von Rechsteiner: «Der Lohnschutz ist nicht verhandelbar.»

«Stimmt, ich bin keine Frau, aber ...»

Bringe die EU sozialen Fortschritt, so «können wir Ja sagen zu EU-Integrationsschritten», bringe sie jedoch Rückschritte, dann «dürfen wir das nicht unterstützen», sagt Maillard, bei dem auch die Sozialpolitik ganz oben auf der Agenda steht.

Ein Lohn reiche für viele Familien schon lange nicht mehr. Auch wenn Frau und Mann erwerbstätig seien. Maillard: «Es braucht deshalb dringend lohnergänzende Massnahmen: Krippengeld, Familienzulagen und Ergänzungsleistungen, gerade auch für alleinerziehende Frauen.» Auch das habe er in der Waadt umgesetzt.

Maillard hätte noch tausend Sachen zu sagen, doch seine Vorstellungzeit ist abgelaufen. Nur noch schnell das, ruft er nun in den Saal: «Wir müssen wieder gewinnen lernen! Auch wenn man in die Defensive gedrängt wird, kann man gewinnen.» Maillard geht. Kandidatin Barbara Gysi kommt (siehe links). Dann stimmt die Unia ab. Maillard ist nominiert.

SGB-Präsidium: Viel Arbeit, mässiger Lohn

Viele meinen, das Präsidium des Gewerkschaftsbunds sei ein Vollamt, weil die Person ja so viel in den Medien ist. Fehlanzeige. Formell ist es kaum mehr als ein Halbamt. Entschädigt mit 13 Mal 4150 Franken, macht knapp 54 000 Franken im Jahr. Ein kleiner Lohn verglichen mit anderen Chefposten. Definitiv ein Job für Profis, die nicht auf die Uhr schauen. Das SGB-Präsidium bringt Einfluss, fordert aber leidenschaftlichen Einsatz. Wer auf Paul Rechsteiner folgt, entscheiden die Delegierten des SGB am Kongress vom 30. November/1. Dezember im Kursaal in Bern. (rh)

Arbeitsgesetz: Ständerat will 17-Stunden-Tag

BERN. Die Wirtschaftskommission des Ständerats macht Ernst mit der Demontage des Arbeitsgesetzes. Sie schickt zwei Vorlagen in die Vernehmlassung. Diese sehen keine wöchentliche Höchstarbeitszeit, keine Beschränkung der täglich zulässigen Überstunden und kein Verbot der Sonntagsarbeit mehr vor. Die Vorlagen gehen zurück auf Vorstösse von Karin Keller-Sutter (FDP) und Konrad Graber von der «Familienpartei» CVP.

Die Folgen für Arbeitnehmende wären einschneidend, sagt Luca Cirigliano vom Gewerkschaftsbund (SGB): «Firmen könnten künftig verlangen, 17 Stunden täglich zu arbeiten. Und zwar ohne Zuschläge und Kompensation.» Gelten soll dies alles für Vorgesetzte und «Fachpersonen mit wesentlichen Entscheidbefugnissen» und «einer grossen Autonomie». Für Cirigliano ein Gummiparagraph: «Das ist wohl bewusst so formuliert, dass möglichst viele Leute darunter fallen.» Der Gewerkschaftsbund geht davon aus, dass fast 40 Prozent aller Arbeitnehmenden betroffen sein könnten. Deshalb hat er schon das Referendum angekündigt, falls dieser Abbau durchkommen sollte.

Streik bei Billig-airline Ryanair

BERLIN. Am 12. September legten Pilotinnen und Flugbegleiter des Billigfliegers Ryanair einen Tag lang die Arbeit nieder und forderten bessere Löhne. Über ein Viertel der Flüge fielen aus. Erstmals hatten die beiden Gewerkschaften Verdi (Kabinenpersonal) und



FOTO: KEY

Vereinigung Cockpit (Pilotinnen und Piloten) gemeinsam zum Streik aufgerufen. Mit Verdi verhandelt Ryanair erst seit August. Vorher hatte sich das Unternehmen jahrelang dagegen gesträubt. Das Lohnangebot von Ryanair sei «völlig indiskutabel», so eine Verdi-Sprecherin.

Mindestlohn: Neue Initiative

BASEL. Die Unia startet im Kanton Basel-Stadt zusammen mit linken Parteien und Gewerkschaften eine Initiative für einen Mindestlohn. Er soll 23 Franken pro Stunde betragen. Unia-Sprecher Thomas Leuzinger: «In der reichen Schweiz muss es möglich sein, dass alle von einer Vollzeitstelle leben können.» In Basel sei das nicht der Fall. Immer wieder brächten Kontrollen Monatslöhne von unter 3500 Franken an den Tag. Die Basler Initiative ist die erste in der Deutschschweiz. Bereits einen Mindestlohn beschlossen haben die Kantone Neuenburg, Jura und Tessin. In Genf ist eine Initiative hängig.

Ticktack! Die nächste Stufe der kapitalistischen Krise kündigt sich an

Sind wir diesmal bereit?



Der Kapitalismus war vor zehn Jahren ein paar Tage lang klinisch tot. Seither tritt er uns in verschärfter Form entgegen. Was geschieht beim kommenden Crash?

OLIVER FAHRNI

Ihre Tage sind gezählt, das wissen sie. Wer sich heute unter Banker mischt, fühlt sich wie in einem vollbesetzten Zug, der ungebremst auf einen Sackbahnhof zurast. Abspringen geht nicht mehr. Der Crash kommt. Wenigstens noch abräumen, was geht. An einem einzigen Tag im Februar hat die US-Bank Goldman Sachs 200 Millionen Dollar Gewinn eingefahren. Für den Internationalen Währungsfonds (IWF) stehen die Signale auf dunkelorange. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz sieht Europa und andere Teile der

Welt «am Abgrund». Steve Keen, Professor an der Londoner Kingston-Universität, spricht von einer «Zombie-Ökonomie». Dass der nächste Zusammenbruch bevorstehe, ist derzeit die bestgeteilte Meinung unter Ökonomen. Manche glauben, er habe bereits begonnen. Unter dem Suchwort «financial crisis 2019» wird man im Internet reichlich bedient. Wirtschaftswissenschaftler neigen in der Regel nicht zu Johannes-Offenbarung und Apokalypse. Doch nun soll es noch weit schlimmer kommen als 2007/08. Der französische Banker und Autor Jean-Michel Naulot, der zur Bankenaufsicht wechselte: «Das war nur eine Vorwarnung.»

DESASTRÖS. Beim 2008er Crash (der im August 2007 begann) lösten sich Vermögenswerte von 40 000 Milliarden Dollar in Luft auf, und die Krise vernichtete allein in den USA jeden Monat 700 000 Jobs. Drei Tage nach dem Bankrott der Bank Lehman Brothers am 15. September 2008 waren die Finanzmärkte kaputt. Inzwischen kann man in den Texten der damaligen Weltenkenker nachlesen, dass sie bis weit ins Frühjahr 2009 hinein dachten, das Gesellschaftssystem Kapitalismus sei am Ende. Doch es wurde nicht gestürzt. Die USA, China und die EU reanimierten es. Inzwischen wächst das Kreditvolumen (präziseres Wort für «Verschuldung») rasend auf Rekordwerte. Der Kapitalismus überlebt auf Pump, am Tropf einer irrwitzigen Kreditschöpfung. Nur ein Bruchteil

davon fliesst in Investitionen, 95 Prozent in die Spekulation: Die Wertpapiere-Derivate, die als Schrottpapiere die Krise 2008 auslösten, haben 2018 das neun- bis zehnfache der gesamten Weltwirtschaftsleistung übertroffen. Alle Versuche, die Banken und Fonds zu zähmen, wurden abgebrochen oder, wie dieser Tage durch US-Präsident Trump, wieder rückgängig gemacht.

NICHTS GELERNT? 2008 war ein Bruch. Der Kapitalismus tritt uns nun in verschärfter Form als Neoliberalismus 2.0 entgegen: Lohndruck, Abbau des Service public, Privatisierungen, Abbau des Arbeitnehmerschutzes und so weiter. Die Vermögens- und Einkommenskonzentration in Händen der wenigen hat sich stark beschleunigt. Absurde Form der Krisenbewältigung: Statt

In den USA vernichtete die Krise monatlich 700 000 Jobs.

weltweit rund 2800 Milliarden Franken für Bankenrettungen aufzuwenden, hätte man besser Kaufkraft geschaffen, in den ökologischen Umbau und die soziale Digitalisierung investiert. Und den Hunger aus der Welt geschafft.

Das ist eine interessantere Frage als der Zeitpunkt des nächsten Crashes: 2008 konnten Arbeitende, Gewerkschaften und linke Parteien kein vernünftigeres Wirtschaftssystem durchsetzen oder auch nur vorschlagen. Sind wir diesmal bereit?

INSERTAT

Das work-Frauen-Bilder-Lesebuch erzählt und zeigt:

- Der grosse Lohnschiss an den Frauen in Franken und Rappen
- Wie aus Pussyhats auch #MeToo wurde
- Die Schweizer Frauenpower-Ikonen
- Das Frauenwunderland Island
- Das grosse Bundesrätinnen-Schrumpfen
- Auf dem Weg zum zweiten Frauenstreik ...und vieles andere mehr!

Ein Buch so bunt wie die Frauenbewegung!
Erscheint am 22. September –
pünktlich zur nationalen Demo in Bern.



Jetzt gratis vorbestellen per Mail an frauen@unia.ch oder brieflich an Unia-Zentralsekretariat, Abteilung VIP, Postfach 272, 3000 Bern 15

Coiffure & Beauty: Konkurs als Geschäftsmodell

Fernando Muttis multiple Mutationen

Eine richtige Räubergeschichte: So zügig wie Geschäftsführer Fernando Mutti (55) seine Firmen in den Ruin schickt, können Behörden und Gerichte gar nicht arbeiten. Zurück bleiben die Angestellten und die Lieferanten, ohne Lohn und ohne Geld.

REGULA BÄHLER

«Manchmal ist es besser, ein krankes Glied zu amputieren», schrieb der Chef seinen Angestellten. Damit meinte er nicht seine Hand oder einen seiner Finger. Fernando Mutti entledigte sich so seiner maroden Firma Riflessi Lifestyle GmbH und erklärte weiter: «Die Liquidation einer Gesellschaft von Amtes wegen ist dabei die günstigste und schnellste Variante.» Somit könnten «die Altlasten in der alten Gesellschaft verbleiben». Neu habe die Selcore AG die von Riflessi geführten Center-Coiffure in Ostermundigen BE übernommen. Man, also Mutti und Selcore, hätten nun Kraft, sich zu erholen und auf das Neue zu konzentrieren.

Viel weniger entspannt sehen es Muttis Mitarbeitende. Zu den entsorgten Altlasten gehören etwa auch ihre Beiträge an die Pensionskasse. Sie wurden vom Lohn abgezogen, gelangten aber nie bis zur Kasse. Die Mitarbeitenden fühlen sich nicht nur geschöpft, sondern echt amputiert, nämlich um einen Teil ihrer Altersvorsorge (work berichtete, rebrand.ly/malediven-mutti). Denn die Auffangeinrichtung, die in solchen Fällen einspringt, deckt nicht die gesamten Verluste.

AM ANFANG WAR SELCORE

Zuerst war da die Selcore AG, um sich mit Geld an Firmen und Projekten zu beteiligen sowie in Finanzstrategien zu beraten. Einziger Verwaltungsrat und Zeichnungsberechtigter: Fernando Mutti. An Heiligabend 2013 meldet Selcore ihre Tochter Riflessi Lifestyle GmbH zur Eintragung ins Handelsregister an. Diese führt Coiffeur-, Beauty- und eben auch Lifestyle-Geschäfte. Sie ist aber auch für eigene und fremde Finanzierungen da und kann Garantien und Bürgschaften eingehen. Riflessi gehört zu hundert Prozent der Selcore, ihr einziger Geschäftsführer ist ebenfalls Fernando Mutti. 2015 besitzt die Selcore AG, die auch mal mit dem Zusatz Consulting oder Holding auftritt, acht Coiffureläden und hat nach eigenem Bekunden zwölf Geschäftsgründungen erfolgreich begleitet.

LEPOTA GMBH

Noch im selben Jahr geht die Meeting Point, Mutti & Co. in Konkurs. Einst als Unternehmen für Telefoninserate gegründet, mauserte es sich zu einer Dienstleisterin im Treuhand- und Immobilienwesen. Unbeschränkt haftender und alleiniger Gesellschafter ist Fernando Mutti. Später ist auch die Selcore-Tochter Lepota GmbH mit ihren vier Coiffureläden in St.Gallen und Rorschach bankrott. Wenig überraschend zeichnet Fernando Mutti als einziger Geschäftsführer. Der

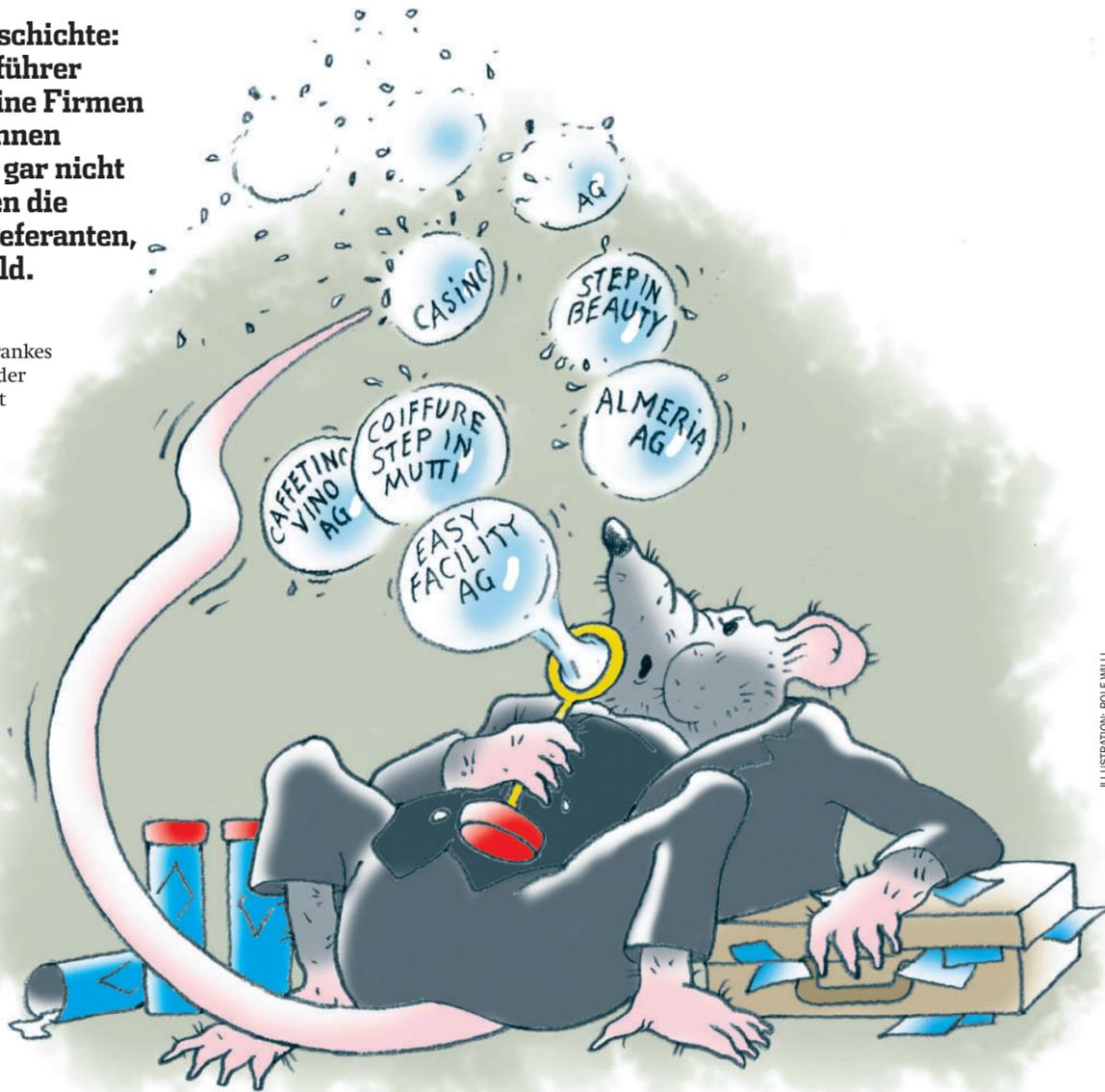


ILLUSTRATION: ROLF WILLY

Lepota-Konkurs bringt auch Riflessi «in Schiefelage», wie Mutti seinen Angestellten vermeldet. Riflessi hat 2014 den Center Coiffure Hairshop in Ostermundigen gekauft. Vom vereinbarten Kaufpreis für den Laden mit allem Drum und Dran sieht die frühere Inhaberin nur einen Teil. Nach fast 30 Jahren Aufbauarbeit sitzt sie auf Verlustscheinen. Denn so zügig wie Mutti seine Firmen in den Ruin schickt, kommt niemand nach, auch nicht mit gerichtlichen Schritten.



FERNANDO MUTTI: In seine Ex-Läden geht er «höchstens noch zum Haarschneiden».

Riflessi der Vorsorgeeinrichtung weitere 90 000 Franken schuldig. Ein gutes halbes Jahr später ist Riflessi reif für den Konkurs. Und daraufhin ist auch die Muttergesellschaft Selcore fällig. Ihr Betreibungsregister sieht nicht besser aus.

STEP IN BEAUTY GMBH

Gleichwohl gibt es den Center Coiffure Hairshop in Ostermundigen noch, mit demselben Mobiliar und der Telefonnummer wie früher. Zwei Wochen nachdem die frühere Inhaberin die Betreuung eingeleitet hatte, übernahm die Step In

Beauty GmbH die Center Coiffure. Sie hiess einst CT Caslife Technologies GmbH und wollte Spielcasinos in Finanz- und Marketingangelegenheiten beraten. Fernando Mutti zeichnete verantwortlich. 2012 wurde sie mit neuem Zweck in Step in Beauty umbenannt, Mutti schied aus, und seine Weggefährtin Carmen Selva trat auf den Plan.

2013 erhöhte sich das Stammkapital der Step In Beauty GmbH ums Zehnfache auf 200 000 Franken, durch eine Verrechnung von bestehenden Forderungen. So kam auch Selcore hinzu und hielt die Hälfte dieses Kapitals. Ende August 2014 übernahm Carmen Selva die Selcore-Anteile. Damit besitzt sie bis heute die Hälfte von Step In Beauty, die andere gehört der ehemaligen Frau von Fernando Mutti.

BÄCKER'S HAIRLOUNGE

Der Sitz der Step In Beauty GmbH befindet sich in Zürich. Genau an der Adresse, an der Fernando Mutti auch noch eine Einzelfirma, die Coiffure Step, domiziliert hat. Diese ist aus einer Kollektivgesellschaft hervorgegangen, in der Carmen Selva auch mal kurz Gesellschafterin mit Einzelunterschrift war. Des weiteren gehört der Step In Beauty

Eine Firma geht konkurs, und schon ist die nächste da.

Die Bäcker's Hairlounge, ebenfalls in Zürich. Diese führt den Coiffureladen fort, den früher Fernando Muttis Bäckers GmbH besass. Bis zum Konkurs 2013.

Und so geht das Hin und Her, das Amputieren und Bereinigen von Altlasten munter immer weiter.

Geschichte eines Haarabschneiders

Im Geschäftsmodell von Fernando Mutti (55) werden Firmen umbenannt, deren Zweck wird geändert, und die Verantwortlichen wechseln sich ab. Die eine Firma reserviert für die andere die Internetadresse. Dann heissen sie manchmal ähnlich: Coiffure Step In oder Step In Beauty GmbH etwa. Der dazu gehörige Laden ist seit je mit Coiffure Step In angeschrieben. So braucht es keinen neuen Anstrich, wenn er die Hand wechselt.

Und sind die Kassen leer, obwohl man gerade das Coiffuregeschäft verkauft hat, ist für die Gläubiger kein Hinterherkommen. Weil es dauert, bis es zur Konkursöffnung kommt. Denn niemand will die Kosten von mehreren Tausend Franken für das Verfahren vorschiesen, um dann darauf sitzenzubleiben. Kommt es doch zum Konkurs, wird dieser mangels Aktiven sofort wieder eingestellt.

KEINEN SPASS. So funktioniert das Geschäftsmodell Konkurs. Oder mit den Worten von Mutti: Altlasten von Am-



EINER VON MUTTIS LÄDEN: Coiffure Step In, Zürich. FOTO: RB

tes wegen entsorgen lassen und mit einer anderen Firma vorwärtsschauen.

Sein Firmengestrüpp ist nur schwierig zu entwirren. Vor allem, wenn in einem Vertrag Riflessi als Arbeitgeberin aufgeführt ist, am Schluss aber die Firma Selcore unterschreibt. Ein Versehen im illustren Firmenreich? Dieses hat Mutti vom Telefonmarketing über Casinos, Treuhandwesen und Beteiligungen, Immobilien, Reinigungen zu Ausflügen in die Gastrozone geführt.

Aus dem Coiffuregeschäft sei er nun ganz ausgestiegen, sagt Mutti zu work. In einen seiner früheren Läden gehe er «höchstens noch zum Haarschneiden». Am Telefon gibt er bereitwillig Auskunft: «Ich habe auch keinen Spass an solchen Situationen», betont er und behauptet, mehr investiert als rausgeholt zu haben. Das

Das Schweizer Recht fördert solche Geschäftspraktiken.

Hauptproblem seien eigentlich die Lepota-Läden gewesen (siehe Artikel links). Nach deren Schlingern «hat auch Bern gelitten und dann Zürich. Es war nie die Absicht, das eine mit dem anderen zu verbinden», führt Mutti aus.

BLUFF Auf die Nachfrage, wie denn die Verbindung zu Carmen Selva sei, die seit 1992 immer wieder namentlich in Muttis Firmen auftaucht: «Geschäftlich haben wir nichts miteinander zu tun», sagt er. Sie habe seit je nur die Lohnbuchhaltung für die Mitarbeitenden geführt. Weshalb erschien sie denn auf der Selcore-Homepage unter anderem als Finanz- und Liquiditätsplanerin von Muttis Coiffureläden? Dazu räumt Mutti ein, dass er wohl etwas geblüfft habe: «Das war mehr Marketing, eine Geschäftsidee, die dann eingeschlafen ist.» Und was sagt Selva selber? – «Mit dem, was Herr Mutti macht, haben wir nichts zu tun», meint sie. Beim Kauf des Coiffuregeschäfts in Ostermundigen sei alles mit rechten Dingen zugegangen, und auch die Wechsel in den Firmenleitungen seien völlig legal gelaufen.

Das mag alles ja sein. Aber nur, weil das Schweizer Recht solche Geschäftspraktiken eher fördert, als dass es sie verhindert. REGULA BÄHLER



Rote Linie: Hände weg von unserem Lohnschutz!

FLANKIERENDE MASSNAHMEN. Vor der Bundesratssitzung vom 5. September zogen rund 200 Lohnabhängige vor dem Bundeshaus eine «rote Linie» für den Schweizer Lohnschutz. Der ist in Gefahr, seit die FDP-Bundesräte Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann über die Hintertür zum EU-Rahmenabkommen wollen. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagte auf dem Bundesplatz: «Es braucht mehr Arbeitnehmerrechte, nicht weniger. Der Bundesrat hat die flankierenden Massnahmen zur roten Linie erklärt, die nicht verhandelbar ist. Daran soll er sich gefälligst halten!»

Österreich protestiert «Wir sind keine Hosenscheisser!»

Gewaltig: Hunderttausend Menschen an der Demo des österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) in Wien! Dreimal mehr als an den grössten Demonstrationen in der Schweiz. Was ist in die österreichischen Kolleginnen und Kollegen gefahren?



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

In der Streikhäufigkeits-Rangliste steht Österreich weit unten. Wie auch die Schweiz. In Österreich sind die Gewerkschaften und Firmen stärker verhandelt als anderswo. Gegen 90 Prozent aller Arbeitsverhältnisse sind durch Gesamtarbeitsverträge (GAV) geregelt.

SCHNELLVORFAHREN. Der grosse Konflikt brach kurz vor den Sommerferien auf. Provokiert hat ihn die neue Regierung der konservativen ÖVP und der rechtsnationalen FPÖ. Streitpunkt: die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Regierung setzt da gesetzlich die Wünsche der Arbeitgeber um, die diese in den GAV nie durchbringen würden. Neu soll der Arbeitstag maximal 12 Stunden haben statt bisher 10. Und die Arbeitswoche 60 Stunden! Ohne Mitsprache der Betriebskommissionen. Im Schnellverfahren peitschte dies die Regierung durchs Parlament. Sie missachtete die 70jährige Tradition, eine Vernehmlassung bei den Sozialpartnern durchzuführen. Als nächstes soll es den Gewerkschaften an den Kragen gehen, mit der Schwächung der sogenannten Arbeiterkammern. Sie sind die gesetzlich verankerte Interessenvertretung der Arbeitnehmenden.

REAKTIONÄRE REGIERUNG VERORDNET 60-STUNDEN-WOCHEN. Auf einen Schlag ist Österreich im Europa der Deregulierung angekommen. Angeführt von einer reaktionären Regierung, die sich als Schutzpatronin der «kleinen Leute» aufspielt und sie gegen Asylsuchende aufhetzt. Mit diesem Kurs gewannen ÖVP und FPÖ die Wahlen im Frühling. Jetzt zeigt ihre Regierung mit der Arbeitszeitverlängerung ihr arbeitnehmerfeindliches Gesicht. Noch ist diese Suppe nicht gegessen, das haben die Gewerkschaften mit dieser Riesendemo gezeigt. ÖGB-Chef Wolfgang Katzian rief den Demonstrierenden zu: «Heute ist nicht das Ende des Kampfes, sondern der Beginn. Denn wir sind keine Hosenscheisser!» Man werde Widerstand leisten. Mit allen Mitteln. Das schliesst auch Streik in einzelnen Firmen ein.

STREIK. Auf einen Schlag ist Österreich im Europa der Deregulierung angekommen. Angeführt von einer reaktionären Regierung, die sich als Schutzpatronin der «kleinen Leute» aufspielt und sie gegen Asylsuchende aufhetzt. Mit diesem Kurs gewannen ÖVP und FPÖ die Wahlen im Frühling. Jetzt zeigt ihre Regierung mit der Arbeitszeitverlängerung ihr arbeitnehmerfeindliches Gesicht. Noch ist diese Suppe nicht gegessen, das haben die Gewerkschaften mit dieser Riesendemo gezeigt. ÖGB-Chef Wolfgang Katzian rief den Demonstrierenden zu: «Heute ist nicht das Ende des Kampfes, sondern der Beginn. Denn wir sind keine Hosenscheisser!» Man werde Widerstand leisten. Mit allen Mitteln. Das schliesst auch Streik in einzelnen Firmen ein.

Der AHV-Steuer-Deal ist auf der Zielgeraden Rechte AHV-Abholzer aufgelaufen

Der Nationalrat stellt sich hinter den Steuer-AHV-Kompromiss aus dem Ständerat. Die Linke konnte zwei Verbesserungen erreichen. Die AHV-Feinde sind aufgelaufen. Es wird wohl trotzdem Referenden geben.

CLEMENS STUDER

Die Doppelvorlage ist ein Meisterstück der bundeshauslerischen Polit-Mechanik. Sie kommt aus dem Ständerat und hat jetzt auch den Nationalrat überstanden. Verkürzt geht der AHV-Steuer-Deal so: Für jeden Franken Steuergeschenk, den die Wirtschaft und die Rechte wollen, gibt es einen Franken für die AHV. Und zwar nach einem Drittelsmodell: je ein Drittel kommt vom Bund, von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmenden. Beides ist in einer Vorlage verknüpft. Dagegen gab es Widerstand von rechts und links. Die Rechte (SVP und GLP) wollten die Vorlagen absolut trennen (und den AHV-Teil versenken), die Grünen wollten zwar zwei Vorlagen, die aber nur in Kraft getreten wären, wenn es zu Steuern und AHV ein Ja gegeben hätte. Damit, so das Argument, hätte der Volkswille genauer abgebildet werden können.

Der Nationalrat wollte davon nichts wissen, genauso wenig wie von höherer Besteuerung der Dividenden für Grossaktionäre. Erfolge verbuchen konnten dagegen Unia-Industriechef und SP-Nationalrat Corrado Pardini bei der Einschränkung des Kapitaleinlageprin-



ERFOLGREICHE LINKE: Susanne Leutenegger Oberholzer und Corrado Pardini.
FOTO: KEY

zips und die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer bei der Abgeltung der Steuerausfälle von Städten und Gemeinden durch die Kantone.

ERFOLG DER LINKEN

Die Erhöhung der Lohnbeiträge für die AHV ist ein riesiger Erfolg der Linken. Seit 43 Jahren sind diese nämlich auf dem gleichen Stand. Die Rechte wehrte sich gegen jede Erhöhung – sie will die AHV schwächen zugunsten der Pensionskassen und der privaten Vorsorge. Denn die AHV ist dank ihrem genialen Umlageverfahren die grösste Schweizer Umverteilungs-

maschine von oben nach unten. Grund: Weil die Beitragspflicht nicht gedeckelt ist, müssen Gross- und Grösstverdienende auf ihren Gehältern und Millionenboni AHV-Beiträge bezahlen, ohne einst mehr als die Maximalrente zu bekommen. Das hilft den unteren und mittleren Einkommen. Die AHV ist also eine Art Reichtumssteuer. Die einzige in der Schweiz. Darum mögen sie die Rechten seit ihrer Einführung nicht. Und darum spuckten in der Debatte SVP und die rechten Grünen einmal mehr Gift und Galle gegen unser wichtigstes Sozialwerk. Die FDP hielt sich für einmal zurück, sie will den Steuerdeal retten.

Störend am Deal ist die Ausgestaltung der Steuervorlage.

Störend am Deal ist die Ausgestaltung der Steuervorlage. Auch wenn statt der 3 Milliarden von der Unternehmenssteuerreform III (das Volk lehnte diese im Februar ab) «nur» noch 2 Milliarden Steuerausfälle bleiben: das ist ein üppiges Geschenk an Unternehmen und ihre Besitzenden. Und weiterhin setzt die Schweiz darauf, mit speziellen Steuermodellen ausländisches Steuergeld abzusaugen – einfach mit Instrumenten, die international (noch) akzeptiert sind. Für wie lange, bleibt offen. Ausserdem heizt die Steuerreform den schädlichen interkantonalen Steuerwettbewerb an. Die Gewerkschaften haben deshalb schon angekündigt, die schlimmsten Auswüchse in den Kantonen mit Referenden zu bekämpfen.

REFERENDEN IN DEN KANTONEN

Die Vorlage geht jetzt mit den wenigen Differenzen zurück in den Ständerat. Wenn der Deal auch die Schlussabstimmung am Sessionsende übersteht, wird ziemlich sicher das Volk das letzte Wort haben. Referenden sind von links wie rechts angekündigt.

DHL macht der Päckli-Post Konkurrenz

BERN/BONN. Die deutsche Logistikfirma DHL will gross ins lukrative Schweizer Päckli-geschäft einsteigen. Über tausend Abholstationen und einen eigenen Lieferdienst will die Tochter der Deutschen Post aufbauen und «eine dreistellige Zahl» von neuen Stellen schaffen. Zu welchen Bedingungen die Fahrerinnen und Fahrer arbeiten werden, ist noch unklar. Christian Capacoel von der Gewerkschaft Syndicom hält aber fest: «DHL untersteht dem Gesamtarbeitsvertrag der privaten Postdienstleister. Dieser legt Mindeststandards fest, etwa zu Löhnen und Arbeitszeiten.» Und die gelten auch für Subunternehmer – mindestens wenn diese mehr als die Hälfte ihres Umsatzes mit Postdiensten erzielen. (che).

Genug von Schweizer Bombengeschäften: Jetzt kommt die Korrektur-Initiative

Schweizer Waffen in Bürgerkriegsländer? Nicht mit uns. Eine Allianz stellt sich gegen Extraprofite für die Rüstungslobby.

RALPH HUG

Handgranaten des bundeseigenen Rüstungskonzerns Ruag bei der Terrormiliz Islamischer Staat (IS), Granatwerfer aus Thun auf dem libyschen Schwarzmarkt: Waffen aus Schweizer Produktion tauchen immer wieder in Krisen- und Kriegsgebieten auf. Mit tödlicher Sicherheit. Dorthin gelangen die Waffen über Schleich- und Umwege. Denn der globale Schwarzmarkt für Kriegsmaterial funktioniert immer.

Schuld daran ist auch die lasche Bewilligungspraxis des wirtschaftsfreundlichen Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Das kritisieren Linke, Kirchen und

Menschenrechtsorganisationen und neuerdings auch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Sie wirft den Seco-Leuten mangelnde kritische Distanz zu den Rüstungsfirmen vor.

SCHLUSS JETZT. Die Zahlen beweisen es. Im letzten Halbjahr sind die Waffenausfuhren massiv gestiegen, von 167 Millionen auf 205 Millionen Franken. Jetzt will der Bundesrat sogar Exporte in Länder mit Bürgerkrieg ermöglichen. Offenbar sind im Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Schneider-Ammann dieselben Hardliner am Werk wie beim Lohnschutz oder beim Arbeitsgesetz.

Dieses Treiben will eine Allianz von über 40 Organisationen, Mitte-links-Parteien (SP, Grüne, BDP, EVP) stoppen. Die Allianz will eine Korrektur-Volksinitiative lancieren, um eine weitere Locke-

rung der tödlichen Exporte zu verhindern. Auch diejenige von 2014. Damals gab das Parlament grünes Licht für Waffenexporte in Länder, welche die Menschenrechte



FOTO: ZIG

Die Waffenexporte stiegen im letzten Halbjahr massiv an.

verletzen. Ein Totalverbot will die Korrektur-Initiative aber nicht.

Innert kürzester Zeit haben sich auf rebrand.ly/korrektur 25000 Unterstützer und Unterstützerinnen gemeldet. Das zeigt den massiven Rückhalt, den die Anliegen der Allianz in der Bevölkerung haben. Auch die Unia unterstützt die Initiative ideell.



DER BELIEBTESTE BUNDESRAT ALLER ZEITEN: Der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Willi Ritschard mit seiner Gattin Greti. STADTARCHIV OLTEN

Am 28. September würde Willi Ritschard 100 Jahre alt «Wenn e Politiker lügt, mues är intelligänt sii»

Er ist der einzige Buezer-Bundesrat, den die Schweiz bisher hatte. Ein schlagfertiger, schlauer, aber auch schüchterner, erinnert sich sein Sprecher.

OSWALD SIGG

Arbeiter, Gewerkschafter, Sozialdemokrat, Bundesrat. Auf dem Umschlag des Willi-Ritschard-Buchs zu seinen 40 Jahren Politik in Gemeinderat, Kantonsrat, Regierungsrat und Bundesrat kommt der Arbeiter zuerst. Das war Ritschards Marke. Er war nicht nur der erste und einzige, sondern auch der letzte Arbeiter im Bundesrat. Immerhin: Willi, der Gewerkschafter, hatte einen Vorgänger im Bundesrat: Max Weber, der 1952 das Finanzdepartement übernahm und 1953, nach dem Nein zu seiner Finanzordnung in der Abstimmung, zurücktrat.



Oswald Sigg. FOTO: PD

AUSLÄNDER & AKW

Max Weber hatte für den gelernten Heizungsmonteur zeitlebens eine wichtige Rolle gespielt. Politisch bildete sich Ritschard nach der Berufslehre und während er Kantonssekretär des Bau- und Holzarbeiterverbandes war, in der von Weber 1946 gegründeten Schweizer Arbeiterschule weiter. Dort vertrat dieser die These, die Gewerkschaften müssten ihre Forderungen nach Arbeiterschutz und sozialer Sicherheit nicht auf der Strasse, sondern mit der SP zusammen in den Behörden vertreten. Schon begann die Ochsentour: Willi stieg zum Präsidenten des solothurnischen Gewerkschaftskartells auf, und dann ging's weiter als Kantonsrat, Ammann von Lutembach SO, Regierungsrat, Nationalrat.

In Bern wurde Willi bald über seine ureigene Sprache zum veritablen Volksvertreter. Und er vertrat die Arbeiter so, wie es damals opportun war: Als Ritschard 1962 im Nationalrat «die Beschränkung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte verlangte, stieg seine Popularität auch über die Gren-

zen der SP hinaus». 10 Jahre später wurde mit dem Bau des AKW Gösigen begonnen, wozu der Regierungsrat Ritschard entscheidend beitrug.

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament wählte ihn am 3. Dezember 1973 rechtzeitig in den Bundesrat, damit er die Besetzer der AKW-Baustelle in Kaiseraugst zur Einsicht bringen werde. Doch im Juni 1975 beschloss der Bundesrat einen Polizeigrosseinsatz unter Führung eines Generalstabsoffiziers. Später besann sich Energieminister Ritschard eines Besseren und kündigte Anfang 1978 öffentlich den Rücktritt für den Fall an, dass der Bundesrat einen Armee-Einsatz gegen Zivilpersonen beschliessen sollte.

FURGLER & DIE SCHWEIZ AG

Ritschard war populär: ging er über den Bundesplatz ins nahe Volkshaus zum Mittagessen, setzte die Sekretärin für die «Verschiebung» auf dem Tagesplan 45 Minuten ein: da ein Gruss «ou dr Frou», dort ein Händeschütteln; da muss er eigens die Tante aus den USA begrüssen, und dort will ein Parlamentarier heute noch mit ihm jassen. So ging es überall in der Schweiz auf Strassen und Plätzen: er kam einfach nicht vorwärts.

Ritschard war schlagfertig: Seine Reden sind voll denkwürdiger Sätze, und schon nur die Titel waren beispiellos. Vor den Coop-Genossenschaften etwa sprach er nicht über «Die Schweiz von heute und morgen», sondern zum Thema «Eidgenossenschaft statt Schweiz AG». Und das im Jahr 1977.

Ritschard war schlau: Als wir eines Morgens zu einem Auftritt nach Aarau führen, las er hinten im Dienstwagen die NZZ. «Wüsst er», meinte er zum Chauffeur und mir, «wenn e Politiker lügt, mues är intelligänt sii. Er muess sich immer chönne draa erinnere, wiener sletscht Maal gloge hett.» Er blätterte weiter in der Zeitung. Nach zehn Minuten stöhnte er: «Dr Bundesroot Furgler isch en cheibe intelligänte Politiker.»

FINGERABDRÜCKE & STAATSBEGRÄBNIS

Zu seinem Wesen gehörte aber auch eine – für einen mächtigen Mann von so grosser Statur – eigenartige Schüchternheit. Oder war es der Respekt vor der Institution, dass er im Bundesratszimmer manchmal seine deutliche Sprache zu verlieren schien?

Willi Ritschard

1918: Im Landesstreikjahr kommt der Solothurner in Deitingen zur Welt. 1936: Abschluss der Heizungsmonteurlehre. Ab 1943: Gewerkschaftssekretär beim Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband, 1955–63 Präsident des solothurnischen Gewerkschaftskartells. 1945–63 SP-Kantonsrat, 1955–63 Nationalrat, 1964–73 Solothurner Regierungsrat. Am 5. Dezember 1973 Wahl in den Bundesrat mit 241 von 242 Stimmen, zunächst Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschafts-, ab 1980 des Finanzdepartements. (mjk)

Am 29. April 1983, im Kalten Krieg also, schloss der Bundesrat das Büro der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti in Bern. Das EJPD beschuldigte das Büro, vor allem über zwei der PdA angehörende Journalisten «Teile der Friedensbewegung beeinflusst, Jugendliche ideologisch geschult und kriminalisiert. Desinformation betrieben und zahlreiche Demonstrationen organisiert zu haben; auch Dienstverweigerer habe es beraten». Wenig später wurde der geheime Bundespolizeibericht

Auf der Strasse kam er einfach nicht vorwärts, so populär war Willi Ritschard.

durch eine Indiskretion publik. Man verdächtigte die Entourage von Willi Ritschard, weil er im Bundesrat die Veröffentlichung ange-regt hatte. Der Bundesanwalt persönlich erschien im Vorzimmer des Departementchefs und entnahm die Fingerabdrücke der Sekretärin, des Generalsekretärs, des persönlichen Mitarbeiters und des Informationschefs. Als er mit dem Stempelkissen vor Willis Büro stand, empfahl ich ihm dringend, es nicht zu weit zu treiben. Man hat den Täter nie gefunden. Doch erst die Indiskretion zeigte, dass die vorgebrachten Anklagen unbegründet waren. Die Bürgerlichen trauten dem roten Ritschard nicht wirklich.

Willi war fürs Leben gern Bundesrat. Aber er war müde geworden, demissionierte auf Ende Jahr und starb am 16. Oktober 1983 bei einer Wanderung auf dem Grenchenberg BE/SO. Er erhielt ein Staatsbegräbnis.



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE SCHWEIZ UND DER UNO-SICHERHEITSRAT

Es war ein trüber, dunkler Februarabend im Jahre 2002: die letzte grosse Veranstaltung im hitzigen Abstimmungskampf über den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen. Die Mehrzweckhalle im Kanton Baselland war zum Bersten voll.

BLOCHERS UNWAHRHEIT. Christoph Blocher zeigte sich in Hochform. Sein Publikum lachte, klatschte, grölte. Dann kam sein Hammerargument: «Herr Ziegler, wollen Sie, dass Schweizer Soldaten für irgendeine absurde Uno-Operation in irgendeiner verlorenen Ecke der Welt sterben? Wie werden Sie das den Familien der Verletzten und Toten erklären?» Donnernder Applaus.

Dabei verbreitete er glatt die Unwahrheit: Kein Uno-Mitgliedstaat muss Blauhelme

Im Uno-Sicherheitsrat kann die Schweiz für Menschenrechte und kollektive Sicherheit eintreten.

stellen, wenn er nicht will. Artikel 43 der Uno-Charta verlangt eine «spezielle Vereinbarung»

zwischen der Weltorganisation und jedem Staat, der an kriegerischen, vom Sicherheitsrat verordneten Aktionen teilnimmt.

Abgestimmt wurde einen Monat später: Das Volksmehr für den Uno-Beitritt betrug 54 Prozent. Auf Vorschlag der damaligen Aussenministerin Micheline Calmy-Rey beschloss der Bundesrat 2011 die Schweizer Kandidatur zum Sicherheitsrat für das Jahr 2022. Der Sicherheitsrat ist die Exekutive der Weltorganisation. Ihm gehören 15 Staaten an: Als ständige Mitglieder die fünf Siegermächte des Zweiten Weltkriegs (USA, Russland, Frankreich, England und China); dazu 10 Mitgliedstaaten, die auf jeweils zwei Jahre gewählt werden.

GUTE DIENSTE. Seit ihrem Beitritt spielt die Schweiz in der Uno eine hervorragende Rolle. Sie präsidierte mit Joseph Deiss 2010 die Generalversammlung. Im Menschenrechtsrat ist die Schweizer Diplomatie entscheidend wichtig. Unser Land ist ein grosser Beitragszahler. Die guten Dienste im Zeichen der Konfliktschlichtung und des Kampfes gegen das Elend, welche die Uno leistet, sind unabhängig. Kurz: Unter den 193 Mitgliedstaaten der Weltorganisation ist das Prestige der Schweiz hoch, und die Wahl unseres Landes in den Sicherheitsrat wäre so gut wie sicher. Doch nun kommen die Höhlenbewohner von der SVP und wollen den Bundesrat zwingen, die Schweizer Kandidatur zurückzuziehen. Ihre Behauptung: Eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat verletze die Neutralität. Blödsinn! Schweden und Österreich, neutral wie die Schweiz, haben im Sicherheitsrat mitgearbeitet. Unsere Welt ist verwüstet von Kriegen, Hunger und fürchterlichem Elend. Ohne die Menschenrechte, ohne kollektive Sicherheit gibt es keine Zivilisation. In der Exekutive der Weltorganisation kann die Schweizer Diplomatie für diese Werte eintreten. Es hängt jetzt von uns allen ab, ob die Hinterwäldler der SVP oder die Vertreterinnen und Vertreter einer weltoffenen, aktiven Neutralität den Kampf um die Schweizer Kandidatur gewinnen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Angriff der Versicherer auf unsere Renten So tief war der Zinssatz noch nie

Erstmals überhaupt soll die Mindestverzinsung der Pensionskassenguthaben auf unter 1 Prozent sinken. Das bringt uns noch kleinere Renten – und den Versicherungskonzernen noch grössere Profite.

RALPH HUG

Urban Hodel, Fachmann für Pensionskassenfragen beim Gewerkschaftsbund, ist empört: «Das ist ein Tabubruch.» Die BVG-Kommission des Bundes will den gesetzlichen Mindestzins für die Altersguthaben von bisher 1 auf 0,75 Prozent senken. So tief war der Zins noch nie. Folgt der Bundesrat diesem Antrag, hat das böse Folgen im Portemonnaie der Versicherten. Bei einem angesparten PK-Vermögen von 300 000 Franken gibt es volle 750 Franken weniger Zins im Jahr. Das schenkt ein.

8 PROZENT RENDITE

Die Senkung ist unnötig. Das zeigen die Zahlen. Die Pensionskassen erzielten im vergangenen Jahr mit ihren Anlagen eine satte Rendite von 8 Prozent. Auch in den letzten sechs Jahren führen sie im



FOTO: ZVG

ÖKONOM URBAN HODEL: «Die Privatversicherer werden die 2. Säule noch in den Abgrund reissen.»

Schnitt schöne 5,5 Prozent ein. Sie mussten aber in dieser Zeit durchschnittlich nur 1,5 Prozent verzinsen. Im letzten Jahr verdienten die Pensionskassen mit unserem Altersgeld 60 Milliarden Franken. Finanzkonzerne wie die Swiss Life

Die Pensionskassen kassierten 2017 dank unserem Altersgeld 60 Milliarden Franken.

schöpfen weiterhin grosse Gewinne ab. Statt bei den Versicherten landen diese aber in den Taschen der Manager und Aktionärinnen. Die Swiss Life unter ihrem SVP-nahen Chef Rolf Dörig ist der grösste Lebensversicherer im Land. Allein im letzten Halbjahr scheffelte er einen Reingewinn von 561 Millionen Franken – 7 Prozent mehr als im Vorjahr.

GIERIGE KONZERNE

Nicht einmal das genügt der gierigen Finanzlobby. In der BVG-Kommission wollte sie den Mindestzins sogar auf 0,25 Prozent herabdrücken. Die Gewerkschaften beantragten hingegen einen Satz von 1,25 Prozent. Der hätte den Versicherten mehr Zins und damit mehr Rente gebracht.

Die unabhängigen Pensionskassen wollten den bisherigen Mindestzins von 1 Prozent beibehalten. Urban Hodel sagt: «Die Privatversicherer waren schon immer die Treiber nach unten.» Mit ihrer Unerständigkeit würden sie die zweite Säule noch in den Abgrund reissen.

Agrar-Abstimmungen vom 23. 9.: Für den Schutz von Arbeitnehmenden 2 x Ja gegen prekäre Jobs in der Landwirtschaft

Von wegen idyllisch: In der Schweizer Landwirtschaft sind die Löhne mies und die Arbeitszeiten lang. Auch darum geht es bei den Abstimmungen am 23. September.

PATRICIA D'INCAU

Laura lächelt, Martin lächelt, Schaf und Schwein lächeln auch. Auf ihrem Bio-Bauernhof ist die Welt in Ordnung. Mit Laura und Martin sollen Kinder lernen, wie das Schweizer Bauernleben funktioniert. Der Haken: Die beiden gibt es gar nicht. Sie sind eine Erfindung des Detailhändlers Coop. Und haben mit der Realität nur wenig zu tun.

3200 FRANKEN LOHN

Tatsächlich sterben der Schweiz die kleinen Höfe weg. 51 600 Bauernhöfe gibt es heute noch. Mitte der 1970er Jahre waren es doppelt so viele. An die Stelle des traditionellen Familienbetriebs traten grössere, unternehmerisch geführte Betriebe. Die Plackerei auf dem Feld übernehmen oft Angestellte (siehe Artikel unten). Zu Arbeitsbedingungen, die der langjährige Gewerkschafter und Bauer Philippe Sauvin (66) mit einem Wort zusammenfasst: «Mittelalterlich!» Zwei Jahrzehnte war Sauvin auf Höfen und Feldern unterwegs, zuletzt für die Gewerkschaft «L'autre syndicat». Er



SCHWEINEREI: Die Arbeitsbedingungen auf Bauernbetrieben in der Schweiz grenzen an Sklaverei. FOTO: KEYSTONE

weiss: «Monatslöhne von 3200 Franken und Arbeitswochen von bis zu 60 Stunden sind die Regel.» Zuschlag für Arbeitsstunden an Sonn- und Feiertagen gibt es nicht. Die tägliche Ruhezeit kann bis auf acht Stunden verkürzt werden.

Und das ganz legal. Denn: Das Arbeitsgesetz gilt in der Landwirtschaft nicht. Auch ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der die Lücke füllen könnte, fehlt. Einzig kantonale Bestimmungen, sogenannte Normalarbeitsverträge, stecken einen gewissen Rahmen ab. Aber Sauvin sagt: «Meistens ist dort nicht einmal ein Mindestlohn festgelegt.» Er ist überzeugt: «Dass es kaum Regeln gibt, hat auch mit der geringen Wertschätzung dieser Branche zu tun.» Doch jetzt gibt es Bewegung:

Am 23. September kommen gleich zwei Agrarvorlagen zur Abstimmung. Die «Fair-Food»-Initiative der Grünen.

Das Arbeitsgesetz gilt in der Landwirtschaft nicht.

Und die Initiative «für Ernährungssouveränität» von der Bauerngewerkschaft Uniterre, bei der auch Sauvin mitwirkte.

CHANCE FÜR BAUERN

Beide Initiativen wollen, dass in den Regalen mehr Lebensmittel stehen, die ökologisch und fair produziert werden. Ware, die zu miesen Löhnen hergestellt wird oder aus Massentierhaltung stammt, soll es beim Import schwieriger haben. Die Idee der Ernährungssouveränität ist noch umfassender: Sie will, dass die Versorgung so weit als

möglich mit einheimischen Produkten abgedeckt wird. Als Konsequenz soll aber nicht die inländische Massenproduktion gestärkt werden, sondern kleinere Bauernbetriebe.

Bäuerinnen und Bauern sollen nicht mehr am Subventionstropf hängen, sondern ein anständiges Einkommen erwirtschaften können. Etwa, indem weniger Geld im Zwischenhandel versickert. Und nicht zuletzt soll der Bund endlich bei den Arbeitsbedingungen der Angestellten hinschauen.

Für Philippe Sauvin ist das dringend nötig. Denn: «Es braucht würdige Lebensbedingungen für alle, die in der Landwirtschaft arbeiten.» Das sieht auch die Unia so. Sie unterstützt die Initiative. Nico Lutz, Geschäftsleitungsmitglied und Bauchef: «Es geht hier um eine der prekärsten Branchen überhaupt.»

Preisauflschlag: «Höchstens 3 bis 5 Prozent»

Die Agrarinitiativen kamen in ersten Umfragen gut an. Dann behauptete der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse: Bei einer Annahme würden Lebensmittel bis zu 50 Prozent teurer.

PREISFRAGE. «Ein Lügenmärchen», kontert Bauernverbandschef Markus Ritter im «Blick». Ins Gebet nimmt er den mächtigen Zwischen- und Detailhandel, wo heute viel Geld landet. Ritter: «Bei den Margen gibt es hier Spielraum.» Und selbst wenn nach einem Ja bei den Margen alles beim alten bliebe, rechnet Ritter «im schlimmsten Fall» mit einem Aufschlag «um 3 bis 5 Prozent».

SCHWELLENLÄNDER. Gestritten wird auch um die internationale Auswirkung der Initiativen. Kritiker sagen: Sie schaden Entwicklungs- und Schwellenländern. Christine Badertscher vom Hilfswerk «Swissaid» hält dagegen: «Gerade die Fair-Food-Initiative ist für diese Länder eine Chance, da mehr sozial und nachhaltig produzierte Lebensmittel gehandelt werden.» Denn: Heute könnten sie nur Rohstoffe zollfrei exportieren. Verarbeitete Produkte nicht. Mit Fair Food könnte diese Schranke fallen. Badertscher: «Für diese Länder heisst das: mehr Wertschöpfung.» (pdi)

Biberli meint: «Ohne Bauern geht gar nix.»



Das sah Student Nils Wyssmann bei einem Gemüseproduzenten im Mittelland: Sie schlafen in Blechcontainern

«Es ist halb sieben Uhr morgens, doch die Fließbänder hier in der Rüsthalle laufen bereits, ein paar Frauen verpacken Salat. Über hundert Menschen arbeiten während der Hochsaison auf dem Betrieb, ein Drittel von ihnen bleiben das ganze Jahr. Viele von ihnen kommen aus Portugal, andere aus Polen, Ungarn, der Slowakei. Sie pflücken Salat, Tomaten, Gurken – während zehn Stunden am Tag.



Nils Wyssmann.

Ich werde dem Gemüsetunnel zugeteilt. Auf einem lottrigen Wägelchen fahre ich durch die Reihen und pflücke Gurken. Die Sonne scheint bereits in den

Morgenstunden unerbittlich auf uns nieder. Ab zehn Uhr sind wir schweissnass. Hier im Tunnel ist es gefühlte 35 Grad warm.

DISZIPLIN. «Pausa!» hallt der Ruf eines Mitarbeiters und zwei vor zwölf durch den Tunnel. Wir gehen rüber zum Personalhaus, essen Bohnen mit Reis, Fleischartopf, Tiefkühlpizza. Bereits um zwanzig vor eins verlassen die ersten das Haus wieder Richtung Magazin: die Freilandarbeiten, die in Kleinbussen auf die Felder gebracht werden. Ich gehe zurück in den Tunnel. Auf dem Weg komme ich an den gelben Blechcontai-

nern vorbei, die neben dem Maschinenlager stehen. «Ja, da wohnen Arbeiter drin», antwortet Chris auf mein erstauntes Nachfragen. Er sei froh, wohne er im Mehrbettzimmer im Personalhaus und nicht im Container: «Vor Mitternacht kannst du dort unmöglich einschlafen, da drin wird es viel zu heiss.»

SCHMERZEN. Am Nachmittag lerne ich David kennen. Er arbeitet die dritte Saison hier. Seit letztem Jahr ist auch seine Freundin da. Er sagt: «Deshalb arbeiten die Leute so diszipliniert: Wenn der Chef am Ende der Saison zufrieden mit dir ist, stellt er in der nächsten Saison jemanden aus deiner Familie oder deinem Dorf ein.» Eigentlich

sucht David nach einem anderen Job. Er erzählt von Leuten, die in Luzern in der Hotellerie arbeiten; das sei besser bezahlt. Aber wie solle er dort eine Wohnung finden, wenn er den ganzen Tag arbeite? Zudem spreche er zu wenig gut Deutsch. Am Abend schaut David oft deutschsprachiges Fernsehen. Er versucht, sich die Wörter zu merken. «Doch nach wenigen Minuten schlafe ich ein.»

So läuft das Leben auf dem Betrieb. «Arbeit, Essen, Schlafen», fasst Tiago, ein knapp 40-jähriger Portugiese, seinen Alltag zusammen. Der Anfang sei am schlimmsten:

Muskelkater, Rückenschmerzen, Schnupfen vom Blütenstaub. Das gibt sich mit der Zeit, die abendliche Müdigkeit bleibt.

Man gewöhne sich an vieles, sagen die Leute hier. Man gewöhne sich daran, im Sommer Überstunden zu machen und sie Ende Saison abzubauen.

Man ist da, um abends auch mal bis neun zu arbeiten und am Samstag auch mal am Nachmittag. Man ist da, um zu tun, was andere von einem wollen: der Chef, der Stift, der Markt.»

Nils Wyssmann studiert Soziologie und Sozialanthropologie. Für ein Forschungsprojekt über die Arbeits- und Lebensrealitäten migrantischer Mitarbeitender arbeitete er in der Gemüse- und Obstproduktion.

60 Jahre bis zur Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs Kinder oder keine, das entscheiden wir alleine!

Endlich: Am 2. Juni 2002 sagten 72,2 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten Ja zur Fristenregelung. Zuvor hatte die Schweiz eine der restriktivsten Abtreibungsregelungen in Europa.

LEENA SCHMITTER*

Ganze 60 Jahre dauerte es bis zur Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. 60 Jahre? Eine fixe Zahl ist für die Historikerin immer ein Grund für Irritation. Auch wenn die Einführung des ersten gesamtschweizerischen Strafgesetzbuchs von 1942 zu Recht als gewichtiger Einschnitt gilt: sozialpolitische Kämpfe, welche die körperliche Integrität von Frauen im Fokus hatten, existierten nämlich auch schon vorher. Bis Ende des 19. Jahrhunderts waren es ledige, verwitwete wie auch verheiratete Frauen aus ärmeren Schichten, die zum Abbruch einer Schwangerschaft gezwungen waren. Dies aus ökonomisch-sozialen Gründen.

FINGERHUT UND KURPFUSCHER

Untersuchungen von Gerichtsakten aus den Jahren 1906–1919 über Frauen, die (illegal) abgetrieben hatten, zeigen ihre Beweggründe: die wirtschaftliche Not oder der Wunsch zur Begrenzung der Kinderzahl. Sie zeigen auch, wie die Frauen konkret abtrieben: indem sie Gebräue aus Fingerhut, Absinth, Safran oder Raute einnahmen, sich Seifenwasser, Jod, Phenol und Chinarindenwein einspritzten oder Laminariastifte und Kanülen einführten. Abtreiben war lebensgefährlich. Besonders, wenn Frauen einen Kurpfuscher aufsuchen mussten. Viele starben an den unhygienischen Verhältnissen, an Bauchfellentzündungen usw.

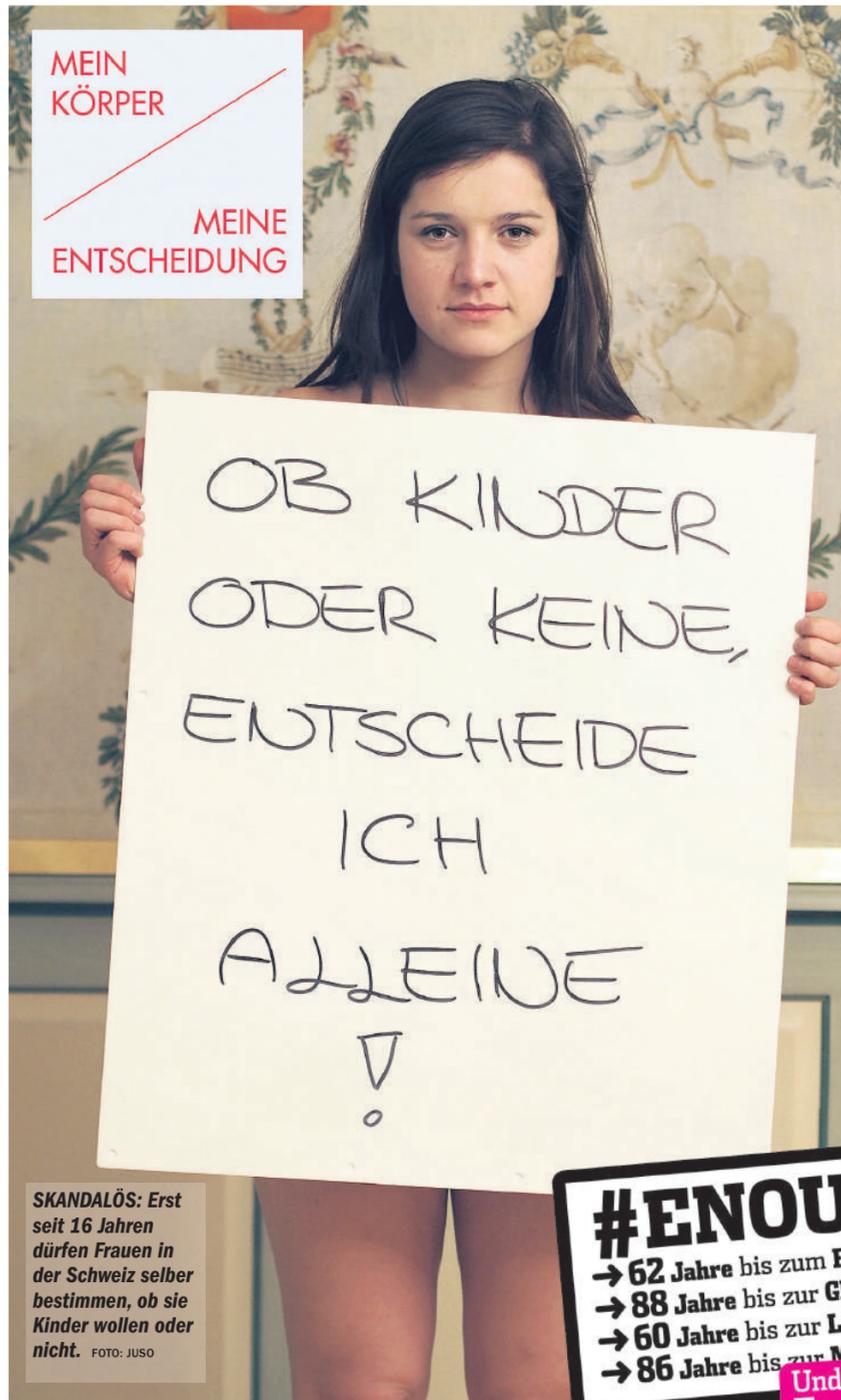
Es ist naheliegend, dass sich hauptsächlich sozialistische Frauen für eine Reformierung des Abtreibungsparagraphen einsetzten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kämpften Teile der Arbeiterinnenbewegung zusammen mit der politischen Linken für die Entkriminalisierung der Abtreibung. 1909 forderte etwa der Arbeiterinnenverein Zürich, die Mindeststrafe bei Verstoß gegen das Abtreibungsverbot zu senken. 1914 setzte sich der Schweizerische Arbeiterinnenverband für die Straffreiheit in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft ein.

STRAFRECHT VON MÄNNERN FÜR MÄNNER

Dann kam die neue Frauenbewegung. Die Forderung nach freier Abtreibung stellte ab 1968 einen wichtigen Anspruch dar. Sie spielte eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung feministischen Engagements. Die neue Frauenbewegung stellte das seit der Industrialisierung herrschende bürgerliche Frauenideal in Frage und erweiterte den Protest der 68er Studierendenbewegung mit einer vertieften feministischen Machtkritik. Der politischen Gleichberechtigung setzten sie neue Postulate entgegen, wie etwa sexuelle und körperliche Integrität oder Lohn für Hausarbeit. Ihnen ging es um den umfassenden kulturellen Wandel eines gesellschaftlichen Systems, das sie als bürgerlich-patriarchal einstufen.

Wie in anderen europäischen Ländern und in den USA haben Feministinnen seit den frühen 1970er Jahren auch in der Schweiz für die Strafflosigkeit und Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs gekämpft – im Namen von Selbstbestimmung, Autonomie und körperlicher Integrität. Dies kulminierte in einem harten Kampf, in dem das Strafrecht «von Männern für Männer» grundlegend in Frage gestellt wurde.

Es ging den Feministinnen auch um die Anerkennung von Frauen als politische Subjekte. Und nicht länger als Objekte männlicher Weltanschauung und Politik. Sie verstanden, wie es die Frauengruppe der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) 1975 zuspitzt: «den Kampf für den strafflosen Schwangerschaftsabbruch als Teil des Kampfes für die Befreiung der Frau». Die feministischen Debatten über die Abtreibung setzten die gesellschaftlich als privat markierten Elemente als Ausgangspunkt:



SKANDALÖS: Erst seit 16 Jahren dürfen Frauen in der Schweiz selber bestimmen, ob sie Kinder wollen oder nicht. FOTO: JUSO

den weiblichen Körper, die Sexualität, die Gebärfähigkeit der Frau. Diese Auseinandersetzungen dienten als Grundlage für die feministische Kritik an den patriarchalen Machtverhältnissen. Mit ihrer Losung: «Das Private ist politisch» sprachen Feministinnen der 1970er Jahre jenen Bereichen, die vormals als unpolitisch gegolten hatten, eine politische Komponente zu. Sie betrachteten die Kontrolle über ihre Reproduktion als ein zentrales Thema und die Möglichkeit des legalen und sicheren Abbruchs einer Schwangerschaft als eines ihrer wichtigsten Ziele.

KONTROLLE ÜBER IHR EIGENES LEBEN

Es ging ihnen um mehr als um eine juristische Regelung oder einen Paragraphen: «Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine» war ein weitverbreiteter Slogan, der diese Haltung in ihrer Ganzheit umfasst. Es ging ihnen um die Kontrolle über ihr eigenes Leben und um die Voraussetzung, ganz an der Gesellschaft partizipieren zu können.

Damit setzten sie auch einen wichtigen Kontrapunkt zu den sogenannten Lebensrechtsbewegungen, also den Abtreibungsgegnerinnen und -gegnern, die sich zu Beginn der 1970er Jahre zu formieren begannen. 1979 etwa brachten die Vereinigungen «Ja zum Leben» und «Helfen statt töten» die Initiative «Ja zum Leben» in Umlauf, die ein komplettes Abtreibungsverbot forderte: Sie definierte den Beginn menschlichen Lebens mit der Zeugung, das nur durch den natürlichen Tod beendet werden könne. Abtreibung ist demnach Mord.

Mit ihrem Aktivismus wollten Feministinnen also auch als mündige Subjekte anerkannt werden und dem Vorwurf, «Kindsmörderinnen» zu sein, entgegenwirken, indem sie sich für gewollte Kinder

aussprachen. Oder wie es die feministische Frauenzeitung «Fraz» auslegte: «Wir wollen nicht nur abtreiben können, sondern wir wollen auch Kinder haben können, und zwar unter guten Bedingungen, wir wollen sie nicht isoliert in der Kleinfamilie aufziehen, wir wollen unsere Sexualität geniessen können, wir wollen die Ärzte und Ehemänner von der Verantwortung (der schweren!) für uns befreien.» (1. Juli 1975)

Die neue Frauenbewegung hat ihren Aktivismus für straffreien Schwangerschaftsabbruch in einer gesamtgesellschaftlichen Kritik situiert. Sie ermöglichte es, über Selbstbestimmung als ein emanzipatorisches Konzept zu sprechen: Feministinnen anerkannten Frauen als aktive Subjekte ihres eigenen Lebens, die sich und anderen die Freiheit von diskriminierenden sozialen Einschränkungen erkämpften. Für Feministinnen war die Rhetorik der Selbstbestimmung eine Möglichkeit, über das eigene Leben und die Lebensperspektiven zu bestimmen – ohne durch Gynäkologen, religiöse und moralische Standards bevormundet zu werden. So ist gerade die Anerkennung des Zusammenhangs zwischen persönlicher Erfahrung und sozialer Situation ein Vermächtnis der neuen Frauenbewegung.

60 Jahre: Das Stichdatum

1942 sieht das erste Strafgesetzbuch der Schweiz den Schwangerschaftsabbruch bei medizinischer Indikation vor. 1971 lanciert ein fünfköpfiges Komitee die Volksinitiative für «Strafflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung». 1975 lehnt die Bundesversammlung die Initiative ab. Sie wird zugunsten einer Initiative für die Fristenlösung zurückgezogen. Diese wird 1977 mit 51,7 Prozent abgelehnt. Erst 2002 wird die Fristenlösung per Gesetz legalisiert.

Was Frauen wollen: Streik!

Manche machen es so: Sie streichen sich die Tage im Kalender durch, bis das grosse Ereignis endlich da ist. Der Geburtstag zum Beispiel oder das Wiedersehen mit den Liebsten. Am 14. Juni 1981 wurde die Gleichstellung zwischen Mann und Frau in der Bundesverfassung verankert. Wäre damals eine Frau auf die Idee gekommen, die restliche Zeit bis zur Lohngleichheit zu zählen: Sie hätte mittlerweile fast 14000 Tage abgehäkelt. Jeder davon ein Verfassungsbruch.

LOHNBSCHISS. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Durchschnittlich 590 Franken pro Monat, rund 7000 im Jahr. Weil Frau halt Frau ist und kein Mann. Das hat das Berner Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) exklusiv für work berechnet (rebrand.ly/work-Studie).

Und die Politik bummelt weiter. Zwar hat der Ständerat nach langem Hin und Her entschieden, dass sich Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten alle vier Jahre einer Lohnanalyse unterziehen sollen. Das betrifft aber nur 1 Prozent aller



FAKE-BART: Mit Bärten gegen Lohnungleichheit. Aktion der Unia auf dem Bundesplatz. FOTO: KEYSTONE

Betriebe. Und Sanktionen haben die fehlbaren Unternehmen nicht zu befürchten.

Das Geschäft kommt nun in den Nationalrat und wackelt: FDP und SVP lehnten es in der zuständigen Kommission geschlossen ab. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass die Rechten die Lohnkontrollen bachab schicken. Unia-Geschäftsleitungsmitglied Corinne Schärer sagt: «Kippt das Gesetz, ist das ein Affront.

Kommt es durch, hat Frau trotzdem wenig zu feiern.»

FRAUENFRÜHLING. Kein Wunder, haben die Frauen die Nase voll. Am 22. September gehen sie auf die Strasse. Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und Frauenorganisationen ruft zur grossen Lohngleichheits-Demo. Mehr noch, in Lausanne und Genf, im Wallis und in Basel, in Bern und in Zürich haben Frauen bereits beschlossen: **Am 14. Juni 2019 kommt der zweite Frauenstreik der Schweiz.** Wir haben Frauenfrühling – und das im Herbst. Denn es geht längst nicht nur um Lohngleichheit. Sondern auch um die unbezahlte Hausarbeit. Um Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um verbale und physische Gewalt gegen Frauen. Um Armut im Alter und blöde Anmaché im Ausgang. Die Anliegen sind so vielfältig wie die Frauen selbst. Über hundert sitzen schon in den kantonalen Streikkomitees. Es sind Berufstätige und Hausfrauen, Rentnerinnen und Studentinnen. Und laufend werden es mehr. work bleibt dran. PATRICIA D'INCAU

* Leena Schmitter ist Geschlechterforscherin und Mediensprecherin bei der Unia. Ihre Dissertation hat sie über die Frauenbewegung und die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in der Schweiz geschrieben.

«Zeig deinen Lohn!» Eine Kampagne macht Schlagzeilen «Lohntransparenz ist der erste Schritt»

SABINE REBER Lohntransparenz ist eine alte Forderung aus feministischen Kreisen. Denn nur wenn die Frauen wissen, was ihre Arbeitskollegen verdienen, können sie gegen diese Diskriminierung vorgehen. In den letzten zwanzig Jahren gab es immer wieder Versuche, die Löhne transparent zu machen, aber bisher scheiterten sie am Widerstand der Männer. Nun wagen die Gewerkschaften einen neuen Anlauf Lohntransparenz mit einer Kampagne beliebt zu machen. work sprach mit Mitinitiant Markus Bischoff, Anwalt und Chef des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich. Und wollte von ihm wissen, ob es diesmal gelingen werde.

work: Ihre Kampagne «Zeig deinen Lohn» löst grosses Medienecho aus. Sind Sie zufrieden? Markus Bischoff: Ja, es läuft sehr gut. 950 Personen haben bis heute den Lohn veröffentlicht. Nachdem «20 Minuten» und «Blick am Abend» über unsere Kampagne berichtet haben, besuchten 70 000 Leute an einem Tag die Website. Heute sind es noch mehrere Tausend pro Tag, wobei die Verweildauer im Schnitt 3 1/2 Minuten ist.

Warum haben Sie die Kampagne gerade jetzt lanciert? «Zeig deinen Lohn» ist zunächst als Mobilisierung für die grosse Frauendemo zur Lohngleichheit am 22. September gedacht. Danach werden wir weitere Mobilisierungsschritte einleiten.

Was erwarten Sie von Ihrer Kampagne? Wenn Löhne nicht mehr tabu sind und öffentlich diskutiert werden, werden die Unterschiede zwischen Mann und Frau, zwischen Schweizern, Schweizerinnen und Migranten, Migrantinnen und auch die grossen Lohnunterschiede zwischen den Branchen transparent. Transparenz ist der erste Schritt für eine öffentliche Diskussion und der Beginn der Gleichstellung.

Können Kampagnen wirklich etwas verändern? Gesellschaftliche Änderungen brauchen Zeit, aber sie kommen. Wer erinnert sich heute noch daran, dass in den 1980er Jahren eine Kampagne gegen das Wort «Fräulein» geführt wurde? Doch es hat gewirkt.

Viele Leute sagen, in ihrem Betrieb sei es verboten, über die Löhne zu reden. Darf der Chef das wirklich verbieten? Das ist Blödsinn. Der Lohn ist kein Geschäftsgeheimnis, deshalb dürfen alle mit allen darüber reden.

Wie reagieren die Gewerkschaften auf die Kampagne? Früher waren ja insbesondere die Männer in den Gewerkschaften gegen die Herstellung von Lohntransparenz. Die Reaktion in den grossen Verbänden ist positiv, sie unterstützen uns offiziell und machen teilweise sehr aktiv mit. Einige Verbände haben sich sehr engagiert, andere haben geschwiegen oder die Kampagne sogar abgelehnt: Männerdominierte Gewerkschaften hielten in der Regel eher Distanz zur Kampagne.

ZEIGDEINENLOHN.CH Die neue Website sorgt für Transparenz und leistet so einen Beitrag gegen Lohndiskriminierung. Hinter der Website stehen 25 Organisationen, darunter die Gewerkschaften Unia, SEV, Syndicom, VPOD und Syna sowie die SP, die Alternative Liste wie auch die Jusos und die Grünen des Kantons Zürich.

Lohnungleichheit: Die grosse work-Umfrage mit couragierten Menschen, die endlich Lohngleichheit wollen

«Ich verrate meinen Lohn, weil...»

Jetzt reicht's! Demo für Lohngleichheit Sa, 22. 9., 13.30 Uhr, Bern



Markus Bischoff

Über den Lohn spricht man nicht, zumindest in der Schweiz. Dabei ist Lohntransparenz der erste Schritt gegen Diskriminierung und für Lohngleichheit. Noch immer verdienen Frauen rund 20 Prozent weniger als Männer. Damit sich dies endlich ändert, brechen diese Frauen und Männer ein Tabu: Sie verraten ihren Lohn (brutto, bei 100 Prozent, im Stundenlohn oder auf Mandatsbasis).



Diana Fedzioryna (30), Verkäuferin in einer Bäckerei, Brig

«Für mich ist es selbstverständlich, dass die Frauen für die gleiche Arbeit gleich viel verdienen. Ich sehe überhaupt keinen Grund, warum das anders sein sollte. Bei uns in der Bäckerei ist es aber so, dass im Verkauf nur Frauen arbeiten. Die Männer arbeiten in der Backstube, und wie viel die verdienen, weiss ich leider nicht.»

3850.-

Jacqueline Hasler (29), Pflegerin im Altersheim, St. Gallen



«Das ist ein typischer Frauenberuf, und da sind die Löhne entsprechend tief. Bei uns im Gesundheitswesen verdienen auch die Männer wenig, wenn sie in der Pflege arbeiten. Es ist also nicht so sehr eine Frage der Lohnungleichheit bei uns. Vielmehr müssten alle mehr verdienen, denn die Arbeit in der Pflege ist körperlich und geistig sehr anspruchsvoll und anstrengend.»

4750.-

Pascal Bassu (49), Businessanalyst, Wetzikon ZH



Lukas Larcher (41), Spitalclown, Biel

«Ich arbeite auf Mandatsbasis und komme ungefähr auf ein 60-Prozent-Pensum. Es ist wichtig, tiefe Löhne anzuhängen und die Sozialversicherungen aufzuwerten. Damit auch Menschen, die wenig verdienen, im Alter etwas zu lachen haben.»

8200.-



2800.-

Judith Baisotti (61), Spitex-Pflegerin, Olten



Ivan Kolak (33), Unia-Gewerkschaftssekretär, Bern

«Den Frauen weht ein kalter Wind entgegen. Denn die Lohnungleichheit ist nur ein Aspekt der Frauenverachtung, die wir auch in anderen Bereichen sehen – das Spektrum reicht von Sexismus über die Geringschätzung der Care-Arbeit bis hin zu offener Gewalt. Um das zu ändern, müssen auch wir Männer unseren Mund aufmachen und die Frauen in ihrem Kampf unterstützen. Wir haben noch viel zu tun, damit die Gesellschaft gerechter wird.»

1600.-



5430.-

Jakob Auer (57), Montagemitarbeiter, Arbon TG

«Manche arbeiten effizienter als andere. Also kann man nicht einfach sagen, alle bekommen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit. Die Qualität muss auch berücksichtigt werden und natürlich das Alter. Ein Junger arbeitet vielleicht auf den ersten Blick schneller. Ein Alter hingegen hat mehr Erfahrung, er mag etwas langsamer sein, dafür arbeitet er überlegter und verursacht weniger Unfälle. Das muss man alles berücksichtigen. Aber ganz sicher darf das Geschlecht allein kein Grund sein für einen Lohnunterschied!»

5600.-



Urs Walther (64), Heizungsmonteure, Oberburg BE



Alessandro Cappelli (40), Sicherheitsagent, Capolago TI

«Für unsere gefährliche Arbeit ist der Lohn nicht angemessen. Vor allem steigt er mit zunehmender Erfahrung nicht an. Wir kämpfen dafür, dass das sich bessert, für Männer und für Frauen!»

6250.-



4330.-

Maude Rufi (39), Uhrmacherin, Le Noirmont JU



Michèle Dünkli (29), Koordinatorin Bibliotheksverband, Zürich



«Ein Lohnunterschied von wenigen Hundert Franken bei Karrierebeginn kann bis zur Pensionierung auf eine halbe Million Franken anwachsen. Deshalb geht Lohngleichheit uns alle etwas an!»

8000.-



4680.-

Manuela Bühler (55), Desktop-Publisherin, Schaffhausen



«Wenn Frauen von ihren Männern abhängig sind, dann sind sie auch eher häuslicher Gewalt ausgesetzt und können sich schlecht dagegen wehren. Genug zu verdienen, das ist entscheidend für die Unabhängigkeit der Frauen! Und darum braucht es auch die Lohngleichheit.»

5250.-

Annouk Besson (37), Filialeiterin Bijouterie, La Chaux-de-Fonds NE



«Bei uns im Verkauf arbeiten fast nur Frauen. Und viele von ihnen sind schlecht ausgebildet. Entsprechend tief sind die Löhne. Es ist halt gerade im Verkauf schon so, dass die Männer oft etwas mehr Wert auf die Ausbildung legen, und entsprechend machen sie dann Karriere und haben höhere Löhne. Aber allgemein, auf alle Berufe gesehen, gibt es sicher auch eine grosse Lohn-differenz, die nichts mit der Qualifikation zu tun hat. Wir reden ja bei den Gewerkschaften von 20 Prozent Lohn-differenz. Dagegen müssen wir unbedingt etwas tun, denn das ist schlicht ungerecht.»

5625.-

Tobit Brillmann (19), Sanitärinstallateur, St. Gallen



«Es gibt keinen Grund, warum Frauen weniger verdienen sollten. Und der Lohnunterschied ist doppelt ungerecht, denn sie zahlen ja noch die Pink Tax – auf Kosmetika für Frauen werden ja auch noch mehr Steuern erhoben als auf den Sachen für die Männer.»

4000.-

Nicolas Eichenberger (28), Audio-Video-Techniker, Basel



«In unserer Firma ist Lohntransparenz leider kein Thema. Im Gegenteil: Der Chef sagt, es sei ein Kündigungsgrund, mit anderen über den Lohn zu sprechen.»

5100.-

Zoran Andreev (32), Maschinenoperateur, Siders VS



Beat Schenk (26), Elektro-Sicherheitsberater, Kreuzlingen TG



Manuela Peduzzi (48), Sicherheitsagentin, Verdabbio GR



«Mein Stundenlohn ist 22 Franken – sogar noch etwas weniger als meine männlichen Kollegen. Das reicht nicht, um anständig zu leben! Wir arbeiten draussen, in Wind und Wetter, und meist in der Nacht. Am gefährlichsten ist es als Türsteherin vor einer Disco, da muss ich ständig mit Konflikten rechnen. Dafür ist der Lohn einfach zu tief!»

1700.-

Renate Takacs (31), Briefträgerin, Münchenstein BL



«Mit der Lohn-gleichheit ist das ein ganz klarer Fall: Alle Menschen haben für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn zugute, egal, welcher Herkunft und welchen Geschlechts sie sind. Das müsste doch selbstverständlich sein.»

5100.-

Angela Penkov (39), Lehrerin/Schulrätin/Stadträtin, Schaffhausen



«Gerade Frauen leisten viel ehrenamtliche Arbeit, etwa in der Politik. Dazu kommen Haushalt und Kinderbetreuung – ebenfalls unbezahlt. Das macht die Lohn-ungleichheit noch schlimmer.»

5600.-

Sven Sobernheim (29), Verkehrsplaner, Zürich



«Mit Transparenz gewinnen alle! Es dient nämlich nur den Arbeitgebern, wenn wir nicht über die Löhne reden. Wenn wir unsere Löhne aber transparent machen, können sie die Unterschiede schneller aus.»

7176.-

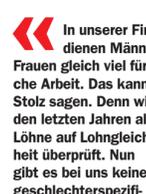
Michèle Witschi (26), Gärtnerin mit Zusatzausbildung Naturgärtnerin, Bern



«In unserer Branche sind wir alle schlecht bezahlt. Für uns bedeutet Lohn-gleichheit also vor allem, dass wir endlich gleich viel verdienen wie die Kollegen auf dem Bau. Denn wir chranpfen ja gleich hart wie diese!»

4700.-

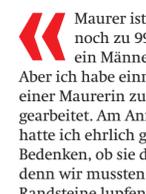
Benoît Constantin (54), Pressführer in der Aluminium-industrie, Siders VS



«In unserer Firma verdienen Männer und Frauen gleich viel für die gleiche Arbeit. Das kann ich mit Stolz sagen. Denn wir haben in den letzten Jahren alle Löhne auf Lohn-gleichheit überprüft. Nun gibt es bei uns keine geschlechterspezifischen Lohn-diskriminierungen mehr. Das müsste überall geprüft werden!»

6500.-

Peter Leuenberger (59), Polier, Liebfeld BE



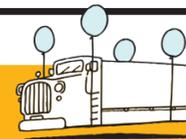
«Maurer ist heute noch zu 99 Prozent ein Männerberuf. Aber ich habe einmal mit einer Maurerin zusammen-gearbeitet. Am Anfang hatte ich ehrlich gesagt Bedenken, ob sie das könne, denn wir mussten schwere Randsteine lupfen. Aber schon nach dem ersten Stein war klar: Die kann richtig zupacken. Das hat mich beeindruckt. Logisch, dass Frauen auch den gleichen Lohn bekommen sollen. Die Steine sind ja gleich schwer, egal ob du Mann oder Frau bist.»

6400.-

7417.-

workfrage: Was denken Sie über die Kampagne zeigdeinenlohn.ch für mehr Lohntransparenz?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch



BASF-City: Autonome Untersätze chauffieren Container

Chemchina und BASF: Der Monopolkapitalismus breitet sich aus wie die Pest im Mittelalter. Im BASF-Stammwerk in Ludwigshafen jetzt sogar leicht, leise und logistikfähig: mit superschnellen, elektrisch angetriebenen Untersätzen.

Immer weniger und immer grössere Konzerne kontrollieren wichtige Teile der Wirtschaft. Denken wir nur an Apple, Google, Microsoft und Facebook. Wir können bald einmal nicht mehr in Ruhe furzen, ohne dass sie uns abhören. Unsere Daten – auch sehr persönliche – sind die Goldminen ihrer Zukunft. Immer raffiniertere Algorithmen berechnen, ob und wann wir welche Produkte und Dienstleistungen bei wem kaufen werden.

DAS GROSSE FRESSEN. Für die wenigen verbleibenden Freundinnen und Freunde des Sozialismus sind das nicht nur Schreckensmeldungen. Erstens müsste man diese faktischen Monopole subito verstaatlichen. Zweitens sie demokratisch kontrollieren. Und drittens löst dieser technische Fortschritt einen Teil der Probleme, derentwegen die ineffizienten Planwirtschaften des Ostens implodierten.

Weil die Unternehmen Apple, Google, Microsoft und Facebook nächstens jedes für sich mehr als 1000 Milliarden Dollar schwer sein werden, geht leicht vergessen, dass sich auch in anderen Branchen der Monopolkapitalismus ausbreitet wie die Pest im

Mittelalter. Das staatliche chinesische Unternehmen Chemchina hat Syngenta geschluckt. Viele Mitglieder der Unia arbeiten unter anderem in Basel und Monthey VS neu für jenes China, das von einer Partei kontrolliert wird, die auf dem Papier immer noch kommunistisch ist. Bringt das für die Syngenta-Arbeitsplätze in der Schweiz mehr Vorteile als Nachteile oder umgekehrt? Wir wissen es alle ehrlich gesagt noch nicht.

Das deutsche Kapital ist seinerseits nicht untätig. Die deutsche BASF hat das US-amerikanische Unternehmen Monsanto gekauft. Bislang wirtschaftlich offensichtlich ein Fehlentscheid, denn Monsanto kommt von allen Seiten immer mehr unter Druck. Wegen des offensichtlich krebserzeugenden Produkts Glyphosat. Und weil man mittels der Gen-Schere Crisper veränderte Produkte – dank einem Entscheid des europäischen Gerichtshofes – gleich aufwendig testen muss wie gentechnisch veränderte Pflanzen.

KESSELWAGEN WAREN GESTERN. Das Stammwerk von BASF in Ludwigshafen ist eine Mega-City. Die wichtigsten Kennzahlen: 39 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 2000 Gebäude, 200 Produktionsanlagen, 230 Kilometer Schienen im Werksgebiet. Alles in allem etwa 15 Mal so gross wie



SCHNELL UND PRÄZISE: Führerlose Untersätze düsen mit Containern beladen durch das Stammwerk von BASF, dem grössten Chemiekonzern Europas. FOTO: BASF

die Lonza-Werke in Visp. BASF hat 482 neue grosse Container gekauft, die bei einem Eigengewicht von 6 Tonnen nicht weniger als 66 Tonnen Nutzlast aufweisen. Die neuen Container sollen sicherer sein als die bisher eingesetzten Kesselwagen. Und man kann vier von ihnen aufeinander stapeln.

Neue Container brauchen neue Eisenbahnwagen, welche die BASF ebenfalls entwickeln liess. Dies in der Logik der fünf L: Erstens leicht. Zweitens dank Scheibenbremsen leise. Drittens dank robusten Puffern logistikfähig, damit Ablaufberge genutzt

werden können. Viertens laufstark. Und dies, fünftens, alles zu tiefen Lebenszykluskosten.

Heute braucht ein Kesselwagen durchschnittlich 22 Stunden, bis er in Ludwigshafen über das fabrikeigene Schienennetz sein Ziel gefunden hat. Neu wird auch hier alles anders: Die Container gelangen vom Eisenbahnwagen auf elektrisch angetriebene fahrbare Untersätze, die mit einer Geschwindigkeit von bis zu 30 Kilometern autonom und präzise gesteuert innert durchschnittlich weniger als einer Stunde das Ziel erreichen.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/BASF-System
Ein Video der Superklasse, das aufzeigt, wie das BASF-System mit den automatisch fahrenden Fahrzeugen funktioniert. Die autonomen Untersätze fahren im Schritttempo durch das Werk. Sensoren verhindern Kollisionen. Und wenn es Schwierigkeiten gibt, greift eine Leitstelle ein. So wird früher oder später der Verkehr auf unseren Strassen funktionieren.

● rebrand.ly/tankcontainer
Van Hool baute vorab Busse. Für und mit BASF hat das Unternehmen die Tankcontainer samt fahrbaren Untersätzen entwickelt. Traditionelle Kesselwagen legen pro Jahr nur 25 000 Kilometer zurück. Innovative Tankcontainer 180 000 mit dreimal mehr Inhalt. Gefahrgüter kann man in Tankcontainern lagern, und dies im Gegensatz zu Kesselwagen. Unter dem Strich wird die Bahn viel konkurrenzfähiger, weil man 77 Tonnen schwere Container auf der Strasse gar nicht transportieren kann.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «Rosa Zukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT



04:10

Ihre Zimmergenossen schnarchen um die Wette.

Genau jetzt

steht fest: ein eigenes Zimmer hätte seine Vorteile.

H-Bonus

Flexible Wahl des Spitalkomforts

Gesundheit® Leben® Vermögen® Unternehmen®



Versichert. Genau jetzt.

DREHBUCH LAILA STIELER REGIE ANDREAS DRESEN
GUNDERMANN



«VON JEDEM TAG WILL ICH WAS HABEN, WAS ICH NICHT VERGESSE ...»

ALEXANDER SCHEER ANNA UNTERBERGER

«Der singende Baggerfahrer, der Bob Dylan des Tagebaus: Ein wichtiger, wirklich bewegender Film.» 3sat

www.filmcoopi.ch

JETZT IM KINO



FLEXIBEL PREKÄR:
Je geringer der Schutz der Arbeitnehmenden, desto kleiner die Löhne. FOTO: GETTY

Studie des Weltwährungsfonds belegt, was Gewerkschaften seit je wissen

Weniger Arbeitnehmerschutz bringt kleinere Löhne

Langsam schnallen es auch Mainstream-Ökonomen: Wo der Arbeitnehmerschutz abgebaut wird, sinken die Löhne. Und die Verteilung der Einkommen gerät in Schiefelage.

RALPH HUG

Jede Gewerkschafterin und jeder Gewerkschafter weiss, dass von einem schlechteren Arbeitnehmerschutz nur die Unternehmer profitieren. Die Folge sind Lohndruck und prekäre Jobs. Doch im Elfenbeinturm der Wirtschaftswissenschaft wollte man diese Trivialität nicht wahrhaben. Weil sie nicht wahr sein durfte. Sagt doch die Ideologie der Liberalisierung das Gegenteil: Nehmt dem Arbeitsmarkt die sogenannten Fesseln ab, und – schwupps – schon floriert die Wirtschaft, und allen geht's besser.

IWF LERNT DAZU

Eine neue Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) zwingt nun zum Umdenken. Die Autoren Gabriele Ciminelli, Romain Duval und Davide Furceri kommen in ihrem Arbeitspapier* zum Schluss, dass die Deregulierung in den Arbeitsmärkten nachweislich zum Sinken der Löhne beitrug. Obwohl die Produktivität ständig stieg, sank in den meisten Ländern die Lohnquote, das heisst

der Anteil der Löhne am Volkseinkommen. Anders gesagt: Die Arbeitnehmenden verloren, das Kapital gewann. Die Autoren mahnen: «Bei künftigen Reformprojekten muss dieses Ergebnis beachtet werden.» Die Analyse ist gut abgestützt. Sie beruht auf den Daten aus 26 Ländern und untersucht einen Zeitraum von fast fünf Jahrzehnten.

DIE FEHLER DER EU-SOZIALDEMOKRATEN

Die meisten Industriestaaten haben in den 1970er Jahren Gesetze zum Schutz vor Entlassung eingeführt. Es waren die Jahre nach der Ölkrise und dem ersten grossen Umbruch in der Industrie mit den Massenentlassungen. In den 1990er Jahren kehrte der Wind. Von da an begannen nicht nur bürgerliche Regierungen, sondern auch solche unter sozialdemokratischer Führung, den Schutz der Lohnabhängigen zu lockern, um vermeintlich die Wirtschaft anzukurbeln. So etwa in Frankreich Deutschland, Grossbritannien, in Portugal und Spanien. Ein Hire-and-Fire-System nach US-Vorbild, Lohndruck und prekäre Arbeit waren die logische Folge.

AUSNAHME SCHWEIZ

Nur die Schweiz ist eine Ausnahme. Hier blieb die Lohnquote praktisch stabil. Für Daniel Lampart, Chefökonom beim Schweizerischen Gewerkschafts-

bund, ist klar, weshalb: «Dank den Gewerkschaften kamen die Löhne bei uns nicht so stark unter Druck wie anderswo.» Speziell nennt Lampart den Lohnschutz durch die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Wegen der aktiven Lohn- und GAV-Politik, der Lohnkontrollen und der Busen schneide die Schweiz in der Entwicklung der Einkommensverteilung wesentlich besser ab als andere Länder. Wichtig seien auch die gewerkschaftlichen Kampagnen für Mindestlöhne gewesen.

Flankierende Massnahmen bewahrten die Schweiz vor Schlimmerem.

Ausgerechnet der IWF liefert also ökonomische Munition für die Gewerkschaften im Kampf um den Lohnschutz. Der Weltwährungsfonds hatte früher viele Länder mit harten Sparprogrammen ins Elend getrieben. Offensichtlich läuft jetzt selbst bei diesem Säulenheiligen des Finanzkapitalismus ein Lernprozess. Nur die NZZ, der Arbeitgeberverband und die Betonköpfe in SVP und FDP fahren noch auf der alten Schiene.

* Gabriele Ciminelli, Romain Duval, Davide Furceri: **Employment Protection Deregulation and Labor Shares in Advanced Economies**, IMF Working Paper 18/186. Download unter: www.rebrand.ly/arbeitnehmerschutz.

Ausstellung: LSD wird 75 Jahre alt

Hofmanns ewiger Trip

1943 entdeckte Albert Hofmann in seinem Labor bei der Basler Sandoz die chemische Substanz LSD. Und plötzlich erlebte er beim Selbsttest die Wirklichkeit völlig anders. Hofmann glaubte, das haluzinogene LSD werde die Welt verändern. Das tat es auch. LSD wurde zur Droge der Hippie-Bewegung und beeinflusste Musik, Kunst und Literatur. Weil es aber auch schlechte Trips mit bösen Folgen gab, wurde LSD verboten. Auch in der Schweiz. Heute entdecken Psychiater die mögliche Heilwirkung der chemischen Substanz neu. Diese Geschichte seines «Sorgenkinds», wie Hofmann LSD-Molekül auf dem seine revolutionäre Entdeckung nannte, ist jetzt in einer Ausstellung in der Nationalbibliothek in Bern zu sehen.



LSD-Molekül auf dem Flyer zur Ausstellung.

LSD. Ein Sorgenkind wird 75. Ausstellung in der Nationalbibliothek Bern. Bis Januar 2019. www.nb.admin.ch.

SGB-Tagung

Wo steht der Kündigungsschutz?

Das Arbeitsrecht rückt in den Fokus der politischen Auseinandersetzungen. Und mit ihm der Kündigungsschutz. Dazu sind in den letzten Jahren wegweisende Urteile ergangen. Zeit, den Stand und die Aussichten dieses zentralen Rechts für die Arbeitnehmenden festzuhalten. Diesem Ziel dient die diesjährige Juristentagung des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, «Dynamik des Schweizer Kündigungsschutzes», mit internationalen Referentinnen und Referenten. Sie soll auch neue Perspektiven aufzeigen, insbesondere die Auswirkungen von neuen Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Diese werden einen grossen Einfluss auf die Schweizer Rechtsprechung haben.

SGB-Juristentagung, Freitag, 21. September, 10–17 Uhr, Unia-Zentrale Eggghölzli, Bern. Programm und Anmeldung: www.sgb.ch.

workxl der wirtschaft

Hans Baumann



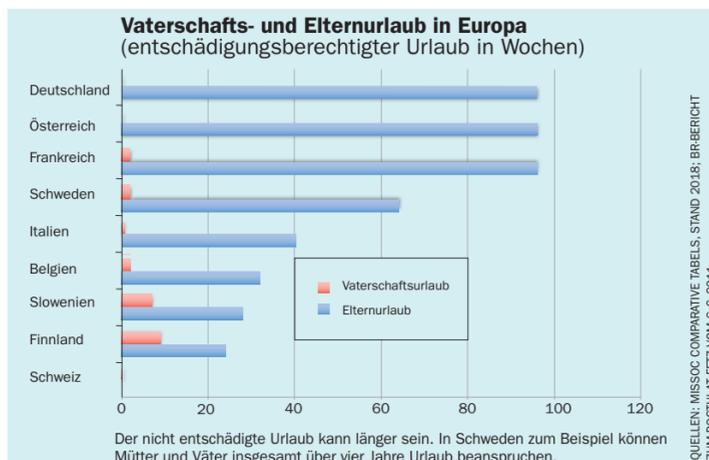
VATERSCHAFTSURLAUB: SCHWEIZ IST SCHLUSSLICHT

Als Gegenvorschlag zur Initiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub schlägt die Ständeratskommission als «Kompromiss» zwei Wochen vor. Das wäre zwar ein Fortschritt gegenüber den ein bis zwei Tagen, auf die ein Vater heute Anspruch hat. Aber im Vergleich mit anderen Ländern ist dieser Vorschlag lächerlich. Wohl in keinem anderen Bereich ist der Rückstand der Schweiz auf das übrige Europa grösser als beim Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternurlaub. In den meisten Ländern gibt es einen Mix aus diesen drei Urlaubsarten, und die Einzelheiten, etwa die Entschädigungshöhe, sind verschieden.

AM SCHWANZ. Aber eines ist klar: Die Schweiz wäre mit ihren 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und den vorgesehenen zwei Wochen Vaterschaftsurlaub immer noch das absolute Schlusslicht nach 32 EU- und EFTA-Ländern. Dies vor allem, weil alle EU-Länder in den letzten Jahren eine EU-

Richtlinie umsetzen mussten, die einen Elternurlaub festschreibt.

JOB-GARANTIE. Österreich zum Beispiel kennt zusätzlich zum Mutterschaftsurlaub von 16 Monaten einen Elternurlaub von zwei Jahren. Dieser kann wahlweise von der Mutter oder vom Vater beansprucht werden. Es besteht für die ersten 12 Monate ein Anspruch auf 80 Prozent des bisherigen Lohnes. Wahlweise kann aber auch eine Entschädigung von zwischen 436 und 800 Euro pro Monat für die gesamten zwei Jahre beansprucht werden. In anderen Ländern wie etwa Finnland ist der Elternurlaub kürzer («nur» 6 Monate), dafür gibt es zusätzlich noch einen Vaterschaftsurlaub von 9 Wochen. Für beide Urlaube gibt es eine Entschädigung von 70 bis 75 Prozent des Lohnes. Auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern sind die Bedingungen ungleich besser als in der Schweiz, so etwa in Slowenien mit 28 Wochen Eltern- und 7 Wochen Vater-



schaftsurlaub. Alle Länder haben gemeinsam, dass Väter oder Mütter nach Ablauf desurlaubes wieder zu den gleichen Bedingungen weiterbeschäftigt werden müssen, und die meisten Modelle kennen auch die Möglichkeit von Teilzeitarbeit anstelle eines Vollurlaubs.

Der Nachholbedarf der Schweiz in diesem für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie so wichtigen Bereich ist gewaltig. Ein Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen genügt deshalb bei weitem nicht.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Klassenkämpfe in Biel

Musik und Krawall

Der Erste Weltkrieg und der Landesstreik von 1918 hängen eng zusammen. Dies dokumentiert eine Ausstellung des Neuen Museums Biel. Die Uhren- und Industriestadt war seit je ein Brennpunkt heftiger Klassenkämpfe. Mit einem Thementag widmet sich das Museum am Sonntag, 16. September, den entscheidenden Ereignissen am Kriegsende. Unter anderem kommt der Jungburschenkrawall zur Sprache, aber auch die Musik und die Lieder, die während des Kriegs gesungen wurden. Ein Podium mit den beiden Historikern Jakob Tanner und Rudolf Jaun diskutiert die Bedeutung des Landesstreiks für die Schweiz.

Neues Museum Biel, 16. September, 11–17 Uhr. Mehr Informationen unter: www.nmbiel.ch.



Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Kündigung: Ist sie per Mail gültig?

In meinem Arbeitsvertrag steht, dass die Kündigung schriftlich erfolgen müsse. Ende August hat mir mein Chef per Mail gekündigt. Ist diese Kündigung gültig?

MYRIAM MUFF: Nein. Grundsätzlich ist eine Kündigung formfrei, also beispielsweise auch mündlich gültig. Allerdings besteht bei einer mündlichen Kündigung ein Beweisproblem, das allenfalls mit einem Zeugen oder einer Zeugin gelöst werden kann. Muss die Kündigung gemäss vertraglicher Vereinbarung jedoch schriftlich erfolgen, geht es dabei nicht bloss um eine Beweisvorschrift, sondern um ein Gültigkeitserfordernis. Ohne nähere Bezeichnung der Form der Schriftlichkeit gelten die Erfordernisse der gesetzlich vorgeschriebenen Schriftlichkeit. Diese verlangt grundsätzlich eine eigenhändige Unterschrift. Dieser gleichgestellt ist die qualifizierte elektronische Signatur. Sie muss von einem anerkannten Zertifizierungsdienst im Sinne des Bundesgesetzes über die elektronische Signatur beglaubigt sein. Hat Ihr Chef in einem normalen Mail gekündigt (also ohne eine solche elektronische Signatur), ist seine Kündigung ungültig.



BLAUER BRIEF: Eine Kündigung per Mail gilt nur mit zertifizierter Signatur.

FOTO: JILCONFOR / FLICKR

einem anerkannten Zertifizierungsdienst im Sinne des Bundesgesetzes über die elektronische Signatur beglaubigt sein. Hat Ihr Chef in einem normalen Mail gekündigt (also ohne eine solche elektronische Signatur), ist seine Kündigung ungültig.

Probezeit: Was gilt bei Krankheit oder Unfall?

Seit Anfang Juli habe ich eine neue, unbefristete Stelle mit einem vollen Pensum. Ich habe drei Monate Probezeit. Kurz nach Stellenantritt erlitt ich einen kleinen Unfall. Deshalb war ich zwei Wochen lang arbeitsunfähig. Mit den Taggeldern der Unfallversicherung gab es keine Probleme. Nachdem ich wieder gearbeitet hatte, wurde ich Anfang September krank. Die Firma hat mir erklärt, dass sie keine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen habe und während der Probezeit nicht verpflichtet sei, Lohnersatz zu bezahlen. Kann es sein, dass ich für meine Abwesenheit infolge Krankheit nichts erhalte, hingegen für jene infolge Unfalls schon?

MYRIAM MUFF: Ja. Arbeitnehmende sind bei ihren Arbeitgebern für die Folgen aus Berufs- und Nichtberufsunfall obligatorisch versichert, wobei für Nichtberufsunfälle eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens acht Stunden vorausgesetzt wird. Deshalb erhält man bei einer Arbeitsunfähigkeit infolge Unfalls bereits in den ersten drei Monaten des Arbeitsverhältnisses Taggelder.

Im Gegensatz dazu ist der Lohnausfall infolge Krankheit nicht obligatorisch versichert. Hat eine Firma also nicht freiwillig eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen, muss sie gemäss Obligationenrecht den Lohnausfall aufgrund von Krankheit nur während einer gewissen Zeit entrichten, die von Dienstjahren abhängig ist. Wurde nichts anderes vereinbart, beträgt diese Lohnfortzahlungspflicht im ersten Dienstjahr bloss drei Wochen. Allerdings erhalten Arbeitnehmende selbst diese minimale Leistung nicht in jedem Fall: Bei einem unbefristet eingegangenen Arbeitsverhältnis mit Probezeit beginnt die Lohnfortzahlungspflicht erst ab dem ersten Tag des vierten Anstellungsmonats. Sie erhalten darum bei Krankheit erst ab Oktober Lohnersatz von Ihrer Firma.

Ergänzende Altersvorsorge mit der Säule 3a

Wie sich das Sparen doch

Die rekordtiefen Zinsen machen das private Sparbüchli zum Verlustgeschäft. Wer jedoch in die dritte Säule einzahlt, kann sich wenigstens über tiefere Steuern freuen.

MARTIN JAKOB

Die Teuerungsrate der Schweiz liegt aktuell bei rund 1 Prozent. Und wie hoch ist der Zins auf Ihrem Sparkonto? Da steht garantiert eine Null vor dem Komma, und meistens folgt nach dem Komma gleich nochmals eine Null. 0,05 Prozent Zins offeriert zum Beispiel Postfinance fürs Sparkonto, 0,01 Prozent die UBS. Das heisst: Ihr Sparbatzen verliert schneller an Kaufkraft, als er durch Zins und Zinseszins hinzugewinnt. Solange die Nationalbank an ihrer Politik des günstigen Geldes und der Negativzinsen festhält, wird sich daran nichts ändern.

FÜR LANGFRISTIGE ZIELE

Wenn Sie Geld für kommende Ausgaben zur Seite legen, können Sie der misslichen Situation nicht entkommen. Denn der Sparbatzen für Steuern, Ferien oder die Rücklage für den nächsten Autokauf muss ja auf Abruf verfügbar sein. Dieses Guthaben lässt sich kaum vorteilhafter anlegen als auf einem normalen Sparkonto.

Sobald Sie aber den zeitlichen Horizont in Richtung Pensionierung erweitern oder auf den Kauf einer Eigentumswohnung hinarbeiten, besteht mit dem Sparen in der Säule 3a eine attraktive Alternative. Weil sie etwas höhere Zinsen bietet, vor allem aber, weil sie Ihre Steuerrechnung senkt. Und zwar so, dass sich das 3a-Sparen bereits bei bescheidenem finanziellem Einsatz lohnt.

DIE REGELN DER SÄULE 3A

In ihrer heutigen Form existiert die Säule 3a seit 1987, sie wurde parallel zur Neuordnung der Altersvorsorge geschaffen. Im Grunde genommen geht es um ein Tauschgeschäft: Sie legen Geld langfristig zur Seite – zum Beispiel eben fürs

KLEINES SPARPLUS, GROSSES STEUERMINUS: SO RECHNET SICH DIE SÄULE 3A

Frau, ledig, 40jährig, steuerbares Einkommen 40 000 Franken, Bezug des Guthabens mit 60 Jahren. Stadt Bern.	
Sparbetrag pro Jahr	2 000.–
Sparbetrag 20 Jahre	40 000.–
Zins und Zinseszins (0,26%)	1 004.–
Auszahlung nach 20 Jahren	41 004.–
Steuerersparnis pro Jahr	427.–
Steuerersparnis in 20 Jahren	8 540.–
Steuer bei Bezug	-1 404.–
Steuerersparnis netto	7 136.–

Ehepaar, 49jährig, steuerbares Einkommen 65 000 Franken, Bezug des Guthabens mit 64 Jahren. Stadt Aarau.	
Sparbetrag pro Jahr	5 000.–
Sparbetrag 15 Jahre	75 000.–
Zins und Zinseszins (0,26%)	1 381.–
Auszahlung nach 15 Jahren	76 381.–
Steuerersparnis pro Jahr	829.–
Steuerersparnis in 15 Jahren	12 435.–
Steuer bei Bezug	-2 129.–
Steuerersparnis netto	10 306.–

Der gewählte Zinssatz von 0,26% entspricht dem von vorsorge-3a.ch errechneten Mittelwert aller aktuellen Kontenangebote.

WORKTIPP

RABATT FÜR UNIA-MITGLIEDER

Die Bank Cler (vormals Bank Coop) bietet Unia-Mitgliedern Vergünstigungen wie Gratis-Kontoführung bei E-Banking und halbe Preise für Debit- und Kreditkarten. Die Bank hat schweizweit 32 Filialen. rebrand.ly/cler

Alter, für einen Wohnungskauf oder für die Startfinanzierung einer selbständigen Erwerbstätigkeit –, und für diese Weitsicht belohnt Sie der Staat mit einem Steuer-

Das Säule-3a-Sparen lohnt sich auch mit kleinen Summen.

erabzug. Das lässt sich alleine der Bund pro Jahr (2015) über 850 Millionen kosten. Das sieht so aus:

- Jede berufstätige Person, die einer Pensionskasse angeschlossen



SPAREN: Damit sich Ihr Geld auch wirklich vermehrt, lohnt sich eine Einzahlung auf ein

ist, kann jährlich bis zu einem Maximalbetrag (aktuell 6768 Franken) in die Säule 3a einzahlen. Sie kann dafür eine Anlagestiftung nach eigenem Gusto wählen – bei einer Bank oder einer Versicherung. Erwerbstätige Personen ohne Pensionskasse können sogar bis 33 840 Franken einzahlen.

- Der einbezahlte Betrag kann vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden und wirkt damit direkt steuermindernd. Je mehr Sie es sich leisten können, vom Lohn auf die Seite zu legen, desto mehr Steuern können Sie sparen.
- Die einbezahlten Guthaben dürfen frühestens fünf Jahre vor dem ordentlichen Pensionsalter (Frauen 64, Männer 65 Jahre) bezogen werden. Weitere Bezugs-

gründe sind der Kauf von Wohneigentum, die Abzahlung einer Hypothek, die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder der definitive Wegzug aus der Schweiz. Im Todesfall wird das gesparte Guthaben an die Erben ausbezahlt.

- Beim Bezug des 3a-Guthabens wird eine Steuer fällig, die separat vom übrigen Einkommen berechnet wird. Sie liegt deutlich tiefer als die Steuerersparnis, die im Lauf der Jahre erzielt wurde (siehe Beispiele in der Tabelle). Mit wachsendem Guthaben steigt die Steuer progressiv. Darum empfiehlt sich bei höheren Sparbeträgen das Anlegen mehrerer Konten und der gestaffelte Bezug. Statt also auf einem Konto 90 000 Fran-



SCHÖNER WOHNEN ZU EINEM ATTRAKTIVEN PREIS: Genossenschaftswohnungen in der Kalkbreite in Zürich. FOTO: KEYSTONE

Erschwinglicher Wohnraum: So Günstig braucht

Zahlbare Wohnungen sind knapp. Besonders preiswert sind Genossenschaftswohnungen. Wer eine sucht, muss aber hartnäckig sein.

MARTIN JAKOB

Nur sieben Prozent aller Schweizer Mietwohnungen sind laut Bundesamt für Statistik aktuell im Besitz von Wohnbaugenossenschaften. Im Jahr 2000 waren es noch acht Prozent: Ihr Anteil am gesamten Wohnungsbestand hat also abgenommen, obwohl günstiger Wohnraum heute nicht weniger gesucht ist als damals.

Aktuell stehen auf der Agenda des Bundes zwei Geschäfte, die auf die Schaffung günstigen Wohnraums abzielen: die 2016 eingereichte Volks-

initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» sowie ein Kredit von 250 Millionen Franken für günstige Darlehen an den gemeinnützigen Wohnungsbau. Der Volksinitiative weht allerdings in Bundesbern ein rauher Wind entgegen. Und der zur Debatte stehende Millionenkredit setzt nur den bisherigen «Fonds de roulement» fort, aus dem schon bisher solche Darlehen gewährt wurden.

MITEIGENTÜMER. Bewohnerinnen und Bewohner einer Genossenschaftswohnung sind in den meisten Fällen nicht nur deren Mieter, sondern auch Miteigentümerinnen: Sie kaufen einen oder mehrere Anteilscheine und können danach auch mitbestimmen über Verwaltung, Unterhalt und Hausordnung

noch lohnt



Konto 3a, auch schon bei kleinen Beträgen. FOTO: FOTOLIA

ken anzulegen, sparen Sie auf drei Konten je 30 000 Franken und lassen sich die Guthaben über drei Jahre verteilt in drei Tranchen auszahlen.

Falls Sie nun zur Tat schreiten und Ihre eigene Säule 3a eröffnen wollen, vergleichen Sie zunächst die Zinsen der verschiedenen Anbieter (etwa beim Vermögenszentrum (VZ): rebrand.ly/zins3a). Denn trotz allgemein tiefen Zinsen läppern sich die Erträge aus einem um ein Viertelprozent höheren Zins über die Jahre zu einem schönen Betrag zusammen.

KONTO ODER FONDS

Gut möglich, dass Ihre Kundenberaterin Ihnen statt eines Kontos einen Vorsorgefonds schmackhaft

machen will. Ihr Spargeld würde dann in Wertpapieren angelegt, also in Anleihen oder Aktien.

Säule-3a-Konten sind spesenfrei und zahlen etwas höhere Zinsen.

Damit gehen Sie aber Risiken ein, die Sie vielleicht lieber nicht tragen möchten, und je nach Fonds fallen Gebühren an, die dem Fondsvermögen – und damit Ihnen – auch bei rückläufigem Fondswert belastet werden. Am flexibelsten bleiben Sie mit dem 3a-Sparkonto: Sie können es auch jederzeit auf eine andere Bank transferieren, wenn diese die besseren Konditionen bietet.

KONTOKOSTEN

MIT VORTEIL E-BANKING

Die Zinsen sind rekordtief, doch bei den Kosten für die Führung eines Privat- oder Salärkontos zeigen die Banken keine Zurückhaltung. Mittlerweile reichen die Zinsen nur in den seltensten Fällen aus, um daraus die Kontokosten zu bezahlen. Viele Anbieter kassieren eine Grundgebühr, die Debitkarte für bargeldloses Zahlen oder für Bancomatbezüge kostet jedes Jahr. Hinzu kommen Spesen für Geldbezüge und die Portokosten.

KOSTEN SENKEN: Das können Sie tun, um möglichst wenig Geld fürs Geldverwalten auszugeben:

- Leisten Sie sich mehrere Konten. Legen Sie Ihre Eier in möglichst wenige Körbe; die Zeiten, da man sich ein Konto fürs Haushaltsgeld und eines fürs Sackgeld leistete, sind vorbei.
- Steigen Sie ins E-Banking ein und verzichten Sie auch auf spesenpflichtige Bankauszüge. Das braucht ein wenig Zeit und ab und zu einen Ausdruck am Heim-PC, aber die Kosten sinken.
- Benötigen Sie eine Kreditkarte, können Sie auch ein anderes Angebot als jenes Ihrer Bank wählen. Zum Beispiel offerieren Migros und Coop ihre Kreditkarten recht günstig.
- Vergleichen Sie die Kontokosten Ihrer Bank mit jenen anderer Anbieter. Zum Beispiel auf: rebrand.ly/privatkonto.

finden Sie Ihre Genossenschaftswohnung sehr viel Geduld

der Liegenschaft. Dieses Eintrittsgeld, das bei einem Auszug zurückerstattet wird, kostet bei vielen Genossenschaften ungefähr so viel wie bei anderen Wohnungen ein Mietzinsdepot,

Bei Neubauprojekten sind die Chancen jeweils etwas grösser.

bei manchen aber auch bis zu einem fünfstelligen Betrag. Reicht das eigene Geld dafür nicht aus, ist meist auch die Bezahlung in Raten möglich, oder die Genossenschaft gewährt oder vermittelt ein Darlehen.

Weil die Genossenschaft keinen Gewinn erzielen will, ist der Wohnraum günstiger als vergleichbare Wohnungen in Privat- oder Firmenbesitz. Allerdings kann die Genossenschaft

auch Einschränkungen bei der Mieterwahl verfügen, indem sie beispielsweise grössere Wohnungen nur an Familien mit Kindern abgibt oder nur Wohnungen für Senioren anbietet. Das kann bedeuten, dass Eltern in eine kleinere Wohnung umziehen müssen, wenn die Kinder ausgezogen sind.

NADEL IM HEUHAUFEN. Genossenschaftswohnungen werden auch selten ausgeschrieben. Denn Genossenschaftsmieterinnen sind überdurchschnittlich standorttreu und geniessen einen weitreichenden Kündigungsschutz. Auf dem Immobilienportal Homegate (rebrand.ly/genossen) finden Sie gerade mal etwas über 50 Treffer für die gesamte deutsche Schweiz – Garagenplätze mitgezählt. Des-

halb heisst es, gezielt in der Wunschregion zu suchen: Welche Wohnbaugenossenschaften sind dort aktiv? Planen sie einen Neubau? Dann sind die Chancen auf eine Wohnung etwas besser. Oder führen sie eine Warteliste? Dann sofort eintragen! Der Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger, Wohnbaugenossenschaften Schweiz, hat auf seiner Website nützliche Tipps und Links zur gezielten Suche nach Genossenschaftswohnungen. Auf einer Schweizer Karte können Sie die Suche nach Regionen eingrenzen und erhalten Informationen über die Genossenschaft und die Art der Wohnungen. Ob eine der Wohnungen frei wird, erfahren Sie allerdings nur mit einer gezielten Anfrage unter rebrand.ly/wbg oder rebrand.ly/tsueri.

WOHNUNGSSUCHE

PROBLEMZONE ZÜRICH

Die Stadt Zürich ist für Mieterinnen und Mieter das teuerste Pflaster der Schweiz. Eine Dreizimmerwohnung kostet im Mittel gut 1500 Franken und damit 200 Franken mehr als in der Stadt Bern. Eine Wohnung aus dem gemeinnützigen Wohnungsbau jedoch nur 1000 Franken. Das junge Stadtmagazin tsuri.ch hat eine Liste von 18 städtischen Wohnbaugenossenschaften zusammengestellt, die Wartelisten führen. Durchackern und einschreiben!

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

So wird der Fernseher zum Fotoalbum

Fotos zeigen auf dem grossen TV-Bildschirm: Das ist heute keine Hexerei mehr. Es gibt drei Möglichkeiten, wie Sie Bilder oder Video-clips vom Computer oder Handy auf den Fernseher bringen.



KEINE HEXEREI: Ihre Ferienfotos oder Kindervideos können Sie nun ganz einfach am Fernseher anschauen. FOTO: ISTOCK

VIA KABEL: Der einfachste Weg ist mit einem HDMI-Kabel.

Viele Windows-Computer und ältere Macs haben eine HDMI-Buchse und lassen sich

so mit dem TV-Gerät verbinden. Bei anderen Computern und beim Handy braucht es einen Zwischenstecker. Bei neueren Macs und bei Android-Smartphones muss man dazu einen Adapter von USB-C auf HDMI kaufen. Auch für iPhones braucht es einen Zwischenstecker zwischen der sogenannten Lightning-Buchse am Handy und dem HDMI-Kabel. Allenfalls müssen Sie noch mit der Fernbedienung auf das korrekte Eingangssignal umschalten.

DRAHTLOS MIT ZUSATZGERÄTEN: Am Fernseher lassen sich kleine Zusatzgeräte einstecken, die das Signal von Computern und Handys empfangen. Für Apple-Geräte ist die Zusatzbox Apple TV (ab 150 Franken)

die beste Wahl. Für alle Smartphones ist Chromecast (rund 40 Franken) geeignet. Das Gerät lässt sich wie ein USB-Stick am TV anschliessen. Bei Android braucht es dazu die App Google Home, bei iPhones die App Allcast. Windows-PCs oder Macs können Sie mit dem Programm Airparrot 2 mit den Zusatzgeräten verbinden.

Mit einem HDMI-Kabel können Sie Fotos am TV-Bildschirm zeigen.

DRAHTLOS OHNE ZUSATZGERÄT: Voraussetzung dafür ist ein internetfähiger Fernseher, der DLNA-kompatibel ist. TV, Handy und Computer müssen via WLAN oder Kabel mit einem Router verbunden sein. Bei Android-Handys brauchen Sie die App Bubbleupnp, bei iPhones Allcast oder TV Assist. MARC MAIR-NOACK

Löhne, Kaufkraft, Beschäftigung Verstehen, wie der Hase läuft

Wie tickt die Wirtschaft? Ein Movendo-Kurs hilft, den Durchblick zu gewinnen.

Die wirtschaftlichen Zusammenhänge verstehen: Das ist das Ziel des Tagesseminars «Löhne, Kaufkraft, Beschäftigung» von Movendo. Er richtet sich an Vertrauensleute, Personalvertretungen, Stiftungsräte und aktive Gewerkschaftsmitglieder.

MITREDEN. Was bestimmt die Konjunktur und die Teuerung? Wie sind Einkommen und Vermögen in der Schweiz verteilt? Welche Bedeutung haben Löhne und Kaufkraft? Und welche Strategien verfolgen die Gewerkschaften in ihrer Be-

schäftigungspolitik? Das Tagesseminar mit SGB-Chefökonom Daniel Lampart und Movendo-Ausbildungsleiter Maurizio

Lernen Sie das Kauderwelsch der Wirtschaftsexperten.

Maggetti-Waser klärt Grundbegriffe der Ökonomie, beleuchtet aktuelle Probleme und vermittelt die Positionen der Gewerkschaften für eine gerechtere Wirtschaft. Wer diesen Kurs besucht, findet sich im Kauderwelsch der Experten künftig besser zurecht und hat es leichter, mitzureden! (mj)

Das Seminar findet am 17. Oktober in Zürich statt. Infos zu diesem und weiteren Kursen sowie Anmeldung auf movendo.ch.

workrätsel

Gewinnen Sie eine Hotelübernachtung!



Das Viersternehotel Bern liegt zentral, fünf Gehminuten vom Bahnhof und 130 Meter vom Cityparking Metro entfernt. Sehenswürdigkeiten wie der Zytgloggeturm und das Berner Münster befinden sich in unmittelbarer Nähe. Gewinnen Sie eine Übernachtung für zwei Personen im Doppelzimmer mit reichhaltigem Frühstücksbuffet.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 14
Das Lösungswort lautete: **ARBEITSKAMPF**



DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Walter Burri, Bern. Herzlichen Glückwunsch!

viertgrößte griech. Insel	öffentl. Anhörung (USA)	der Schutz ist laut Rieger europ. Zankapfel	Rosa Zukunft über den Strom	Pfarrvikar	engl.: Schwanz	Staat im Nordwesten Afrikas	8	Vorgang, Handlung	Torwart	Naturkundler, umweltbewusst	dt. Pendant zur SBB	räumlich eingeschränkt
↳		10		work: die auf ein Erfolgsmodell					Holzblasinstrument		9	
nun, na		Ausruf d. Bekräftigung	kurz für Europ. Patentamt			Ziegler über das vergessene ...		dich, f. Spanier		immergrüne rankende Pflanze	Schwertlilie	.o.ad. = er gehört zu Wander-volk
↳			5	festgelegte Grenze				Hauptstadt in Asien				
seltene Metall	oder, für Briten		franz.: du	in der Art von, so der Koch		verkürzter Originalton		Umgestaltung	2			Blütenfülle
Fabelwesen		Entgegennehmen		man singt es	Farbe des Zorns			vertieftes Bildwerk				
Autokennzeichen v. Weinfeldern	Endo an den Rechner				wie Swisscom vorher hiess		Planet		CH: Unteroffizierschule		7	fremdes Wesen aus dem Himalaya
↳		Kanalisationsdeckel	Kürzel f. United Press	Abk. f. Krone	berühmte Brühwurst aus Frankreich				milit. Dienstgrad (PL)		dadurch redet man	4
grosse Raubkatze	work: so rot sieht Bundesrat				1	chem. Zeichen f. Radon		Beigabe		Längenmass		
↳	12				von ihm z. Paulus, sagt man	Top-Level-Domain von Afghanistan		war Präsident von Südafrika		lat.: und		hundert ergeben Dollar
Kneifer, Zwickler	Verknüpfung mit anderer Datei	weitmaschiges Baumwollgewebe		ohne Erhebung	tiefes Bedauern			13	work über die moderne No-madin			
↳					Dreifachkonsonant		Internetadresse v. Bangladesch		kurzer Donnerstags-tag		Fluss in Russland	Asteroid
den After betreffend	Gegenteil von unter					G.b. = Wüste	wo Fische wohnen			etwas sehr laut sagen		3
↳				Währungseinheit		deutsch, aber kurz			genauer Bericht			
sie arbeitet im Gast-gewerbe		11					fährt auf Geleise		6	(Weihnachts-)Gewürz		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 21. September 2018

LOHNGLEICHHEIT

NOW

Seit 37 Jahren warten wir auf die Umsetzung der gesetzlich verankerten Lohngleichheit und kämpfen gegen Diskriminierung auf allen Ebenen.

#ENOUGH18

Es reicht! Alle an die nationale Demo für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung

Samstag, 22.9.2018
Bern, Schützenmatte
13.30 Uhr

Anmeldung bei frauen@unia.ch oder auf deinem regionalen Unia-Sekretariat. Für Gratistransport ist gesorgt.

www.unia.ch/demo-lohngleichheit



ZU BESUCH: work-Redaktorin Sabine Reber (links) im Wohnwagen der Gastro-Nomadin Ineta Jelic.
FOTO: SR

WORK 14 / 31.8.2018: MODERNE NOMADIN

David gegen Goliath

Ich war schon immer eine, die sich wehrt und nicht aufs Maul hockt. Aber gegen den Besitzer vom Soliat hätte ich alleine keine Chance gehabt. Es war ja unglaublich, wie der die Leute ausgenützt hat. Ich fühlte mich dort anfangs wie David gegen Goliath. Dank der Unia war ich dann nicht mehr allein und konnte zusammen mit anderen Geschädigten vor Gericht gehen. Schliesslich habe ich mein Geld bekommen. Ein grosses Danke nochmals an die Unia!

INETA JELIC, PER MAIL

Gastrobranche braucht die Unia

Die wehrhafte «Gastro-Nomadin» Ineta Jelic ist eine beeindruckende Frau! Allerdings sollte man nicht vergessen: was für den Lebensentwurf von Ineta Jelic passt, geht für die grosse Mehrheit nicht auf. Die Tendenz zu prekären, zeitlich eng begrenzten Arbeitsverhältnissen gerade in der Gastro-

nomie stellt viele, die nicht so unabhängig sind wie die Porträtierte, vor grosse Probleme. Darum ist das stete Engagement der Unia auch in der Gastrobranche so wichtig.

MARLIES BURRI, PER MAIL

WORK 14 / 31.8.2018: «OHNE LOHNSCHUTZ IST DER BILATERALE WEG TOT!»

Lohnschutz nicht aufs Spiel setzen

Als langjähriger Gewerkschafter freut es mich, dass Nationalrat Rechsteiner zu den Verhandlungen mit dem Bundesrat und den Arbeitgeberverbänden einen vorläufigen Stop bezüglich des Abbaus der flankierenden Massnahmen durchgesetzt und bekanntgemacht hat. Täuschen wir uns nicht, es geht nicht nur um die flankierenden Massnahmen. Es geht um den Schutz unserer Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz. Und die EU will mit dem Rahmenvertrag noch viel weiter gehen. Künftig sollen alle Gesetzesänderungen und Beschlüsse der EU in der Schweiz direkt angewendet und umgesetzt werden. Das eingeschobene sogenannte Schiedsgericht soll die Zweifler besänftigen, doch klar ist, letztlich geht es um EU-Recht,

und Streitfälle werden künftig abschliessend von EU-Gerichten entschieden. Unsere Verhandlungsleiter in Brüssel sollten jedoch auch unsere Stärken und Zahlungen an die EU in die Waagschale legen! Gewisse rote Linien dürfen nicht überschritten werden. Ich hoffe, dass sich die zurzeit massgebenden Führungskräfte bei den Gewerkschaften und der SP nicht täuschen lassen. Es wäre fatal, wenn man sie dafür verantwortlich machen müsste, dass sie unseren Lohnschutz mit der Zustimmung zum Rahmenvertrag leichtfertig aufs Spiel setzen würden.

MARTIN SAXER, PER MAIL

WORK 13 / 17.8.2018: FERTIG MIT GRATIS WC-SCHRUBBEN BEI MCDONALD'S

Verdienter Erfolg

Gut wurde dieser Chef verurteilt. Souleymane tut mir echt leid. Welch ein Bild muss er von unserer Schweiz erhalten haben.

FREDI GURTNER, VIA FACEBOOK

WORK 14 / 31.8.2018: ANGELICA BALABANOFF, REBELLIN, SOZIALISTIN, FEMINISTIN

Immer nur für das Kapital

Besonders interessant an der Geschichte über das Verhalten des Bundesrates im Zusammenhang mit dem Landesstreik scheint mir, dass sich zwar das äussere Gesicht geändert haben mag, das Verhalten aber gleich geblieben ist. Aktuell sieht man es beim Angriff auf den Lohnschutz: Wenn es hart auf hart geht, ist unsere Regierung immer für das Kapital und gegen die Arbeitenden. Und wenn's noch härter kommt, setzt man auf die Bauern und die Armee. Aus diesen Gründen hat man für beides auch immer Geld in Massen aus der Bundeskasse.

HANS J. KELLENBERGER, BASEL



Wie gut sind Sie?

1. Tabus

Was ist das bestgehütete Geheimnis der Schweizerinnen und Schweizer?

- a) Sex?
- b) Säule 3a?
- c) Lohn?
- d) Freude?

2. Haarabschneider

Was macht Coiffureunternehmer Fernando Mutti (55) mit seinen Firmen?

- a) frisieren?
- b) amputieren?
- c) rasieren?
- d) toupieren?

3. Herkunft

Was war Bundesrat Willi Ritschard ursprünglich von Beruf?

- a) Solothurner?
- b) Gramper?
- c) Heizungsmonteur?
- d) Zahnarzt?



4. Crash

Wann kommt die nächste Finanzkrise?

- a) alsbald?
- b) in Bälde?
- c) baldigst?
- d) weiss nicht?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1c; 2b; 3c; 4d

INSERAT

Zentrales Wohnen in Bern – *erster Monat gratis Wohnen*

Im lebendigen Tscharnergut in 3027 Bern vermieten wir eine

3,5-Zimmer-Wohnung mit diesen Vorzügen:

- Wohnzimmer mit Parkettboden
- Wohn- und Schlafzimmer mit Linoleum
- grosszügige Wohnküche
- modernes Bad/WC mit Badewanne
- Balkon
- Reduit
- Kellerabteil
- Lift
- Mietzins Fr. 1100.– plus Fr. 220.– HK/NK-Akonto

** Im ersten Monat bezahlen Sie lediglich die HK/NK-Akontos (CHF 220.–)**

Einkaufsmöglichkeiten, öffentlicher Verkehr und Schulen befinden sich in unmittelbarer Nähe. Bremgartenwald, Weyermannshaus Bad/Eisbahn/Tennis, Bernaqua sind innert 10 Fussminuten erreichbar. 20 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis Bahnhof Bern.

Vereinbaren Sie heute noch einen unverbindlichen Besichtigungstermin mit uns. Frau Sara Gabaldon steht Ihnen unter der **Telefonnummer 031 350 24 77** gerne für Auskünfte zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

ZIVAG
Die faire Immobilienverwaltung

Wohnen mit Sicht auf die Berner Alpen – *erster Monat gratis Wohnen*

An schöner und zentraler Lage vermieten wir an der Siedlungsstrasse 16, 3603 Thun, folgende

3-Zimmer-Wohnung im zweiten Stockwerk mit diesen Vorzügen:

- kompletter Neuanstrich
- Parkett- und Plattenboden
- offene Küche mit Glaskeramik
- grosszügiger Grundriss
- praktische Einbauschränke im Eingangsbereich
- helles Badezimmer
- sonniger Balkon mit Sicht auf die Berge
- grosszügiger Bastelraum
- Mietzins Fr. 1433.– plus Fr. 230.– HK/NK-Akonto

** Im ersten Monat bezahlen Sie lediglich die HK/NK-Akontos (CHF 230.–)**

Das Quartier Lerchenfeld ist sehr kinderfreundlich. Diverse Einkaufsmöglichkeiten sowie ÖV oder Autobahnanschluss A6 sind in unmittelbarer Nähe.

Vereinbaren Sie heute noch einen unverbindlichen Besichtigungstermin mit uns. Frau Jasmin Lörtscher steht Ihnen unter der **Telefonnummer 031 350 22 33** gerne für Auskünfte zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

ZIVAG
Die faire Immobilienverwaltung

STEFANIE GISLER

DIE DRAN- BLEIBERIN

Stefanie Gisler (26) machte nach dem 10. Schuljahr eine Lehre als Detailhandelsfachfrau. Danach beschloss sie, noch einmal neu anzufangen, und begann eine dreijährige Lehre als Montage-Elektrikerin. Im Juni dieses Jahres hat sie diese nun erfolgreich abgeschlossen. Bis Ende Jahr arbeitet sie noch in einem befristeten Arbeitsverhältnis in ihrem Lehrbetrieb.

PLÄNE. Sie verdient brutto 4050 Franken. Nun will sie erst einmal Geld verdienen und sich eine eigene Wohnung leisten, «ich möchte gern mal eine Weile ins Unterland, nach Thun oder Interlaken», sie zögert, «also nicht grad bis Bern, das wäre mir dann doch zu weit». Derzeit wohnt sie noch bei ihren Eltern in Blankenburg im Simmental, Vater und Mutter sind beide im Gastgewerbe tätig. Die junge Frau überlegt sich, in einigen Jahren noch einen Schritt weiterzugehen: «Wer weiss, vielleicht hänge ich dann noch die zwei Jahre Ausbildung zur Installateurin an!»

PRÄSIDENTIN. In der Unia ist Stefanie Gisler seit 2009, als sie bei Coop in der Stiffti war, «da lagen Flyer von der Unia im Züniraum. Der Chef sagte noch abschätzig: «Willst wohl nicht etwa dort beitreten?!» Ich antwortete ihm, dass ich das in Ruhe daheim lesen und dann selber entscheiden wolle.» Inzwischen ist sie Präsidentin der Unia-Ortsgruppe Obersimmental und Saanenland. Ihre Hobbies sind Basteln, Zeichnen und Wandern.



Stefanie Gisler (26) wurde Montage-Elektrikerin. Obwohl man ihr als Frau davon abgeraten hat.

Viele, viele bunte Kabel

Stefanie Gisler mag Kabel, Werkzeuge und spezielle Zangen. Das Abisoliermesser, mit dem sie seit ihrem Lehrbeginn jeden Tag arbeitet, würde sie nie mehr aus der Hand geben.

SABINE REBER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Manche finden über Umwege zum Glück. Stefanie Gisler (26) aus der Lenk im Simmental wollte ursprünglich Holzbildhauerin werden. Aber nach der 9. Klasse fand sie keine Lehrstelle. Also besuchte sie in Zweisimmen das 10. Schuljahr. Danach fand sie immer noch keine Lehrstelle. Schliesslich arbeitete sie ein Jahr lang im Coop als Aushilfe. Danach machte sie eine dreijährige Lehre zur Detailhandelsfachfrau. Sie sagt: «Das war nicht so mein Ding. Aber ich habe

es immerhin durchgezogen!» Und nun steht die junge Frau in ihrem Blaumann im Heizungsraum eines modernen Ferienchalets. Aus der Tiefgarage lärmern die Trocknungsgeräte, Bauscheinwerfer erhellen den Raum. Der Boden ist noch immer nass, es ist kalt und muffig. Aber das macht Stefanie Gisler nichts aus, genauso wenig wie die Einsamkeit. Seit Tagen arbeitet sie alleine in dem feuchten Keller, ersetzt Stück für Stück jedes Kabel am HAK, dem Hausanschlusskasten. Sie klopft mit dem Schraubenzieher auf die Kupferschiene unten am HAK und erklärt, «hier läuft der Strom durch. Aber jetzt ist da Rost an den Schrauben, dann leitet es eben nicht mehr.»

Sie zuckt mit den Schultern, schräubelt weiter, «Wasserschaden halt, der Gletschersee ist übergelaufen und dann hatte

die Simme Hochwasser». Mit dem Rost gehe das jeweils schnell, und nun müsse sie das ganze Innenleben des Tableaus auswechseln.

HAPPY. Nach ihrer ersten Lehre bei Coop fand Stefanie Gisler schliesslich eine Lehrstelle als Montage-Elektrikerin, und in diesem Beruf ist sie nun richtig happy. Sie erzählt: «Anfangs wurde mir davon abgeraten, weil ich im Rechnen nicht so gut war. Es hiess, als Elektriker musst du gut in Mathe sein. Aber in der Berufsschule bin ich jetzt gut durchgekommen! Manchmal raten sie den Mädchen wohl zu schnell von technischen Berufen ab.» Im Juni dieses Jahres hat sie ihre dreijährige Lehre abgeschlossen. Zum Lehrabschluss gab's ein Tattoo auf dem Arm. Ein Geschenk von ihrer Mutter



VIelfach BEGABT: Stefanie Gislars Arbeitskoffer (oben) und ihr Tattoo, das sie zum Lehrabschluss erhalten und selber gezeichnet hat.

und ihrem Bruder. Gezeichnet hat sie es selber – es sind Abkürzungen von Figurennamen aus der Serie «One Peace», die sie mit Begeisterung verfolgt. Sie krempelt die Ärmel hoch, zeigt uns das ganze Bild.

SEELE. Und dann montiert sie eine Anschlussklemme, erzählt, warum sie Elektromonteurin geworden ist: «Ich wollte einen Beruf mit möglichst vielen verschiedenen Werkzeugen und Materialien. Ich habe schon immer leidenschaftlich gebastelt, all die Schraubchen, die kleinen bunten Plasticeile, die gefallen mir.» Sie habe halt gerne viele verschiedene Werkzeuge, sagt sie in breitem Simmentaler Dialekt, «ich kann mich mega freuen über eine spezielle Zange, die nicht jeder hat».

Aber das wichtigste aller Werkzeuge sei ihr Abisoliermesser, das besitzt sie seit dem Lehrbeginn, und sie würde es nie und nimmer weggeben. Sie ist überzeugt: «Dieses Messer, das hat eine Seele! Sobald ich mit einem anderen Messer arbeiten muss, schneide ich mir garantiert in die Finger. Aber dieses hier, das kennt mich sozusagen, das ist etwas sehr Persönliches.» Sie schält etwas Plastic von einem Kabelende, dann drückt sie ein Teilchen, eine Ader-Endhülse, in ihre spezielle Zange und presst das Metallstück am Kabelende fest. Festschrauben, nächstes Kabel. Nein, langweilig sei das gar nicht, sagt sie, sie arbeite gerne alleine. «Musik hören und meinen Gedanken nachhängen und einfach zuarbeiten», das passe ihr.

SPANNUNG. Zwischendurch mal geht sie bei einem Kunden eine Lampe montieren, dann kehrt sie zurück zu der grossen Arbeit im Keller. Das mache sie auch gerne, bei Privatkundinnen vorbeigehen, denn «die freuen sich immer, wenn ich komme! Und meist sind es ja Probleme, die ich ganz einfach lösen kann. Das ist natürlich für beide Seiten ein schönes Gefühl, wenn dann die Lampe wieder brennt.»

Auf grösseren Baustellen seien sie manchmal auch mehrere Elektriker, dann würden sie die Arbeit stärker aufteilen, was auch okay sei. Gisler: «Hauptsache, es wird nie langweilig!» Und wie ist der Kontakt zu den anderen Arbeitern? Sie erzählt, die meisten Männer auf den Baustellen seien durchaus Gentlemen, «sie sind nett und hilfsbereit und freuen sich, wenn eine Frau mitarbeitet». Nur ein einziges Mal sei es vorgekommen, dass sich ein paar Bauarbeiter blöd aufgeführt hätten. Sie sagt, da habe ihr Chef aber sofort eingegriffen und ihr geholfen.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincgau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiebinden@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Regula Bähler, Peter Bodenmann, Oliver Fahni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Leena Schmitter, Oswald Sigg, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 89'669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.